

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

78 (5.4.1921)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Verlagspreis: Durch unsere Träger 5.—A. einschl. 80 A Postgebühren; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in A. gegen 4.80 A.; durch die Post bezogen 4.80 —, ohne Ausgabe- u. Postgebühren, monatl. Einzelk. 25 A. Ausgabe: Verlagsmittags. Geschäftsstelle: Anzeigen: Die halbtägige Kolonietage 1.—A. Die Resttage 3.50 A.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestelle: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 491. Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 491. Anzeigen: Die halbtägige Kolonietage 1.—A. Die Resttage 3.50 A.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestelle: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 491.

Amerika, Deutschland und die Reparationsfrage

W.B. Berlin, 4. April. In der Presse sind erstellte Nachrichten über den Verlauf des deutsch-amerikanischen Meinungsaustausches wegen der Reparationsfrage veröffentlicht worden, was Anlass gibt, den vollen Wortlaut der Memoranden bekannt zu geben.

In dem Memorandum, das der Reichsminister des Innern am 21. März dem hiesigen amerikanischen Kommissar gelegentlich einer Besprechung über die Reparationsfrage übergeben hat, wird festgestellt, daß es nicht richtig ist, wenn Mr. Lloyd George die Behauptung aufgestellt hat, daß Deutschland nicht zur Reparation bereit sei. Vielmehr ist es nicht nur die deutsche Regierung, sondern auch das deutsche Volk vollkommen klar darüber, daß Deutschland bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit Schadenersatz leisten muß. Alle verantwortlichen Stellen in Deutschland, insbesondere auch die deutschen Arbeiter, sind durchaus gewillt, zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mit allen Kräften beizutragen.

Alle verantwortlichen Stellen in Deutschland sind sich auch darüber einig, daß die deutschen Vorklären für die Reparation der Finanznot bei den Alliierten, insbesondere bei Frankreich, Rechnung tragen müssen.

Zwei große Ziele der Reparation liegen also vor: 1. Wiederaufbau der zerstörten Gebiete; 2. Beschaffung sofort greifbarer größerer Darlehen in fremden Wäisungen.

Deutschland hat zu wiederholten Malen seine Arbeitskraft seine technische und materielle Hilfe für den sofortigen Wiederaufbau zur Verfügung gestellt. Keines seiner Angebote ist erwidert oder bisher auch nur zur Erörterung gestellt worden. Warum? Das natürliche Interesse an dem Wiederaufbau des zerstörten Gebietes ist in Frankreich, so bedenkend das klingen mag, nur gering. Die früheren Verbände haben vorzugsweise Entschädigungen erhalten und sind in anderen Zeiten des Landes selbst gemacht. Einflußreiche Unternehmergruppen sind mit der Bewertung des zurückgelassenen Materials und den Aufbaumöglichkeiten befaßt.

Die Verschlingung die Umwidmung ihrer Aufgabe in keiner Weise. Am meisten aber fällt in das Gewicht, daß mächtige Kreise in Frankreich in den zerstörten Gebieten ein außerordentlich starkes politisches Agitationsmittel erblickt welches bei Einheimischen und Fremden begeistertes Bewußtsein eines tiefen Eintrud hinterläßt. Deutschland wünscht keine Bereinigung des zerstörten Gebietes und wird daher nochmals der französischen Regierung Vorschläge unterbreiten, deren Einzelheiten gegenwärtig mit der deutschen Arbeitskraft beraten und aufgestellt werden. Daß die französische Regierung Bedenken gegen die Verwendung deutscher Arbeitskräfte im Wiederaufbaubereich hat, ist nicht verständlich, doch würde die deutsche Regierung auch bereit sein, in jeder anderen möglichen, der französischen Regierung genehmen Form ihre guten Dienste und Kräfte zur Verfügung zu stellen. Die Beschaffung großer Geldmittel und fremder Devisen ist für Deutschland nur durch starke Steigerung seines Exportes möglich.

In der anliegenden Denkschrift der deutschen Sachverständigen für die Konferenz ist deshalb dargelegt, welche Steigerung nötig wäre, um große Summen zu erzielen, und welche Gefahren dies für die Wirtschaft anderer Länder bedeuten würde. In jedem Falle können auf diesen Wege die notwendigen Darlehen nicht sofort erzielt werden. Alle anderen Gedanken, die gelegentlich geäußert worden sind, erheben nur Erträge in Papiermark, mit denen den fremden Gläubigern nicht gedient ist. Der Finanznot der Alliierten kann nur im Wege des Kredites Abhilfe geschaffen werden. Die Voraussetzung für deutsche Auslandskredite ist die Kreditwürdigkeit Deutschlands, diese aber

ist völlig untergraben durch die Alliierten selbst, die sich im Versailler Vertrag eine Generalhypothek auf den gesamten Besitz und alle Einnahmequellen des deutschen Reiches und der deutschen Staaten an erster Stelle vorbehalten haben. In den Pariser Verträgen haben die Alliierten überdies das Recht der Entscheidung für sich in Anspruch genommen, ob und in welchem Umfang Deutschland Auslandskredite nachsuchen darf. Da Frankreich und England selbst überschuldet sind, eine Kreditgewährung seitens Neutralen aber die Generalhypothek im Wege steht, bleibt als einzige Lösung des Kreditproblems nur die Aufnahme einer internationalen Anleihe möglich.

Zu Gunsten dieser internationalen Anleihe müssen die Alliierten ihre Generalhypothek zurücktreten lassen. Deutschland wäre bereit, für die Anleihe die erforderlichen Sicherheiten zu gewähren und glaubt, bei zweckmäßiger Gestaltung der Anleihe und bei Gewährleistung einer Amnestie für Steuerfugt geschätztes deutsches Kapital in erheblichem Ausmaß für die Anleihe heranzuziehen und sie für den Reparationsdienst nutzbar machen zu können. Deutschland würde sich nicht weigern, in den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit die Verzinsung und Tilgung der Verbindlichkeiten einzelner Alliierten zu übernehmen, wenn dies von den Alliierten und ihren Gläubigern selbst gewünscht werden sollte. Deutschland erklärt sich aber auch ausdrücklich bereit, jedem anderen Vorschlag sich anzuschließen, der geeignet erscheint, die Entwertung des europäischen Wirtschaftssystems und Finanzproblems herbeizuführen und wird hierbei vollkommen seine eigene finanzielle Leistungsfähigkeit gerne dem Urteil unparteiischer Sachverständiger unterstellen. Deutschland glaubt, daß die ungeheure Schuldenlast, die alle beteiligten Staaten zu tragen haben, nicht auf die Schulter eines einzigen Volkes gelegt werden könne. Es glaubt, daß die Wiederaufrichtung des internationalen Wirtschaftslebens auch nicht durch eine Politik der Gewalt und der Drohungen, sondern nur durch eine friedliche Auseinandersetzung und Verständigung zu erreichen ist. Die deutsche Regierung legt Wert darauf, mit allem Nachdruck zu versichern, daß sie zu ihrem Teil eheilig gewillt ist, diesen Weg zu gehen.

Der amerikanische Kommissar Herr Drexel hat am 29. März als Antwort auf das deutsche Memorandum dem auswärtigen Amt ein Memorandum übergeben, deren wörtliche Uebersetzung lautet:

Die amerikanische Regierung ist erfreut über Dr. Simons' informelles Memorandum, aus dem in ungezügelter Weise der Wunsch der deutschen Regierung hervorgeht, die übernommene Reparation bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit zu leisten. Die amerikanische Regierung hält ebenso wie die alliierten Regierungen Deutschland für den Krieg verantwortlich und daher moralisch verpflichtet, Reparation zu leisten, soweit dies möglich sein mag. Die Anerkennung dieser Verpflichtung, die das Memorandum in sich schließt, scheint der Regierung der Vereinigten Staaten die einzige gesunde Basis zu sein, auf der ein gesicherter und gerechter Friede wieder hergestellt werden kann, unter dem die verschiedenen europäischen Nationen wieder zu wirtschaftlicher Stabilität gelangen können. Die amerikanische Regierung glaubt, in dem Memorandum den Wunsch der deutschen Regierung zu erkennen, Verhandlungen mit den Alliierten auf einer neuen Basis zu eröffnen und hofft, daß derartige Verhandlungen, einmal wieder aufgenommen, zu einer schnelleren Regelung führen mögen, die den berechtigten Ansprüchen der Alliierten Genüge leistet und Deutschland erlaubt hoffnungsvoll seine produktive Tätigkeit wieder zu beginnen.

Der Bergarbeiterstreik in England

England vor einer schweren wirtschaftlichen Erschütterung

W.B. London, 4. April. Die Berichte, die über den Kohlenstreik aus dem ganzen Lande einlaufen, besagen, daß die Eisenbahnen bereit sind, sich den Bergarbeitern zur Verfügung eines Generalstreiks anzuschließen. Es scheinen wenig Zweifel zu bestehen, daß sich die Versammlung der Eisenbahndirektoren am Mittwoch für eine volle Unterstützung der Bergarbeiter aussprechen wird. Das Land steht daher vor der größten industriellen Erschütterung in seiner Geschichte, insbesondere wenn die Transportarbeiter, was höchst wahrscheinlich der Fall sein wird, ebenfalls gemeinsame Sache mit ihren Verbänden im Arbeiterdreibund machen. Die Reizung der Eisenbahnen zum Streik ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß sie einen ähnlichen Schritt zur Verabsicherung ihrer Löhne voraussehen, wenn die Regierungskontrolle über die Bahnen aufhört, was im August der Fall sein wird. Die Eisenbahnen sind daher der Ansicht, es sei besser, jetzt mit den Bergarbeitern zu streiken als später. Inzwischen verschlimmert sich die Kohlenlage dauernd. In einigen Bezirken, hauptsächlich in Schottland, unternehmen die streikenden Eisenbahner Versuche der Arbeitswilligen und zwingen sie, die Arbeit einzustellen mit dem Ergebnis, daß die Schächte voll Wasser laufen und ihre Fortführung als unvermeidlich anstehen wird. In einem Schacht in Südwales wütet ein großer Brand.

„Westminstergazette“ schreibt, es sei ein Hoffnungsstimmer vorhanden auf eine baldige friedliche Beilegung des Konfliktes. Es sei durchaus wahrscheinlich, daß eine Einigung zu Stande komme, noch bevor die Eisenbahnen und die Transportarbeiter ihre verhängnisvollen Entschlüsse treffen. Unter den Bergarbeitern soll der Eintrud herrschen, daß die Unternehmer bald mit besseren Bedingungen kommen werden.

Lloyd George ist heute aus Cheveners zurückgekehrt und präsierte heute nachmittags einen zweitägigen Ministerrat in der Downingstreet.

W.B. London, 4. April. In einer Versammlung der Bergarbeiter erklärte der Arbeiterführer Ben Tillett, bevor eine Sympathieaktion für die Bergarbeiter unternommen werden würde, müßten alle Anstrengungen gemacht werden, um alle in Betracht kommenden Parteien wieder zusammen zu bringen, um die Verhandlungen zu eröffnen. — Wie gemeldet wird, werden nach den Bergwerken von Rifehire, wo sich unter den streikenden Bergarbeitern Anzeichen von Ungehörlichkeiten bemerkbar machen, Marinebrigaden entsandt. In Fife marschieren 2000 Arbeiter zu den Felsen und zwingen die dort anwesenden Arbeitswilligen durch ihre drohende Haltung zur ArbeitsEinstellung. — Die Reuter meldet, hat die Admiralität alle Verurteilungen zurückgezogen.

London, 4. April. Alle Blätter besessen sich mit der ersten Entladung, die der Kohlenarbeiterstreik nimmt. In zahlreichen Betrieben beschloßen die Eisenbahner, die Bergarbeiter zu unterstützen. Die von den Vertretern des Arbeiterdreibundes abgegebenen Erklärungen werden dahin ausgelegt, daß sich die Eisenbahner und die Transportarbeiter den Bergarbeitern möglicherweise anschließen werden. Der Eisenbahnerführer Krampton sagte: Eisenbahner, Bergarbeiter und Transportarbeiter würden den Erfolg haben, wenn sie gemeinsam handeln.

Ben Smith vom Transportarbeiterverband erklärte, wenn die Arbeiter geschlagen werden sollten, so sei es sicher, daß sie alle zusammen geschlagen würden. — Das Parlament, das heute nach den Osterferien zusammentritt, wird sich sofort mit der Kohlenkrise befassen. Das Budget wird erst zu Ende des Monats eingebracht werden. — „Daily Telegraph“ schreibt: Die Nation überläßt der Regierung die Führung und die Sorge für ihre Lebensinteressen. — „Daily Mail“ sagen: Was tut die Regierung und was will sie tun? Will sie passiv bleiben, bis der Arbeiterdreibund zur Tat übergeht? Das Publikum ist berechtigt, von seinen Führern irgend einen konstruktiven Plan zu erwarten.

Der Weg aus dem Chaos

Die Londoner Konferenz der europäischen Regierungen hat das wirtschaftliche Chaos nicht gelöst, in das Europa durch den Weltkrieg geraten ist. Sie hat damit geendet, daß Sieger und Besiegte ohne Verständigung auseinander gingen, und daß die Sieger zu Gewaltmaßnahmen griffen, durch die sich Gog- und Vergeltungsinstinkte vielleicht befriedigt fühlen, die aber in ihrer Endwirkung nur tiefer in das wirtschaftliche Chaos hinein, nicht aus ihm hinaus führen. Eine ganze Reihe von Wochen bestanden die militärischen Sanktionen der Entente bereits ohne positive Wirkung. Durch die Besetzung der Rheinländer ist Deutschland nicht zahlungsfähiger gemacht, ist auf der anderen Seite auch nicht das kleinste französische Dorf wieder aufgebaut worden.

In Amsterdam haben die Sozialisten der zweiten Internationale den Ausweg angebahnt, der in London von den Regierungen nicht gefunden wurde. Fast die gleichen Staaten wie in London waren in Amsterdam vertreten, auch hier verhandelten Engländer, Franzosen, Belgier und Deutsche miteinander. Aber während sich in London die Gruppen — Entente hier, Deutschland dort — in schier unüberbrückbarem Gegensatz als kämpfende Parteien einander gegenüberstanden, waren sie auf der Amsterdamer Sozialistentagung zu einer Gesamtheit verschmolzen, zu einer Gesamtheit derer, die unter dem alleinigen Leitstern des Rechtes und der Billigkeit eine Lösung der Reparationsfrage suchten.

Der Wille wurde vom Erfolg gekrönt, die Lösung wurde gefunden. Vorher gab es allerdings noch ein Sammelstück, verursacht durch die Anhänger der Internationale 2 1/2, die offenbar das Bedürfnis fühlten, ihre gänzliche Ueberflüssigkeit der Welt zu demonstrieren. Die gleichseitig mit den beiden Internationalen tagende Gewerkschaftsdelegation hatte an jene die Einladung zu gemeinsamer Ausdrücke ergeben lassen. Von den Mitgliedern der Zweiten wurde diese Einladung selbstverständlich angenommen, während Zweieinhalb zuerst gar nicht antwortete. Dann verlangte Zweieinhalb unter Ledebours Führung eine Ausdrücke mit der Gewerkschaftsdelegation allein, lehnte jedoch entprechend ihrem Wiener Beschluß eine gemeinsame Tagung zu Dritt ab. Darauf ließen sich die Gewerkschaftler natürlich nicht ein. Für die engstirnige Verantwortung der Zweieinhalb (also der Unabhängigen) ist bezeichnend, daß die meisten Mitglieder der Gewerkschaftsdelegation auch Mitglieder der zweiten Internationale sind. In ihrer ersten Eigenschaft sind diese Zweieinhalbler verhandlungsfähig, in ihrer zweiten Eigenschaft — obgleich dieselben Menschen — nicht. So konnte die Internationale der Unabhängigen in diesem Moment nichts weiter tun, als ihre rein neugierige Unfruchtbarkeit aller Welt zu zeigen, indem sie eine einheitliche Beratung ihrer Anhänger mit denen der zweiten Internationale in einem entscheidenden Moment der Weltgeschichte bereitete. Ledebour und die Seinen mögen sich in ihrer eitlen Selbsterhebung sehr arohartig vornehmen sein, im Effekt haben sie wieder einmal der Arbeiterschaft schweren Schaden zugefügt.

Die von der zweiten Internationale nunmehr allein geführte Entschlieung geht von dem Grundgedanken aus, den die deutsche Sozialdemokratie stets mitvertreten hat, daß für die verwüsteten Gebiete Belgiens und Nordfrankreichs die Reparation gefordert werden muß. Die Sozialisten der alliierten Länder erkennen aber ihrerseits an, daß die Reparationspflicht begrenzt wird durch die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes. Sie darf nicht — so sagt die Entschlieung — dahin führen, daß das Land vernichtet, sein wirtschaftlicher und moralischer Wiederaufbau unmöglich gemacht und seine Arbeiterschaft zu wirtschaftlicher Sklaverei verurteilt wird. Auf dieser Grundlage, daß die Deutschen die Reparationspflicht, die Alliierten ihre natürliche Begrenzung anerkennen, heutzutage sich dann alles weitere auf. Das System der einseitigen Sanktionen, wie sie jetzt von der Entente geföhrt werden, wird verworfen, und das schiedsgerichtliche Verfahren statt dessen gefordert.

Wesentlich untergeordnet sich auch Amsterdam von London dadurch, daß in Amsterdam die Rücksicht auf die Bewohner der verwüsteten Gebiete im Vordergrund stand, während in London das Interesse der ententistischen Wiederaufbaugewinnler dominierte. Deshalb fordert die zweite Internationale, daß den Bewohnern der zerstörten Gebiete sofort durch eine internationale Anleihe geholfen wird, deren Abzahlung durch die deutschen Jahresleistungen erfolgen soll. Damit der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete sich mit der notwendigen Schnelligkeit vollziehe, wird für die deutschen Leistungen ein gemischtes System von Sach-, Arbeits- und Gelbleistungen gefordert. Alle deutschen Leistungen

sind voll anzurechnen. Die Zusammenarbeit deutscher und französischer Arbeitskräfte am Wiederaufbau ist ebenso zu fördern, wie die Vereinerung kapitalistischer Kreise am Wiederaufbau zu verhindern ist.

Deutschlands Leistungen sollen sich bei steigender Produktivität erhöhen. Dieser Forderung haben die deutschen Sozialdemokraten zugestimmt, da sie von Garantien umgrenzt wurde, die eine wirkliche Innehaltung dieses Grundgesetzes verbürgen. Bezüglich der Sanktionen spricht die Resolution den beherzigenswerten Satz aus, daß internationale Angelegenheiten nicht nur im Geiste der Gerechtigkeit, sondern in einem der Gerechtigkeit entsprechenden Verfahren behandelt werden müssen.

Man mag in einzelnen Teilen an der Resolution Kritik üben, man mag bedauern, daß sie in der Beurteilung des Sanktionsystems sich nicht schärfer ausgesprochen hat — bedeutungsvoll bleibt die Tatsache, daß hier eine gemeinsame Plattform geschaffen wurde, auf die Vertreter aus beiden Staatsgruppen mit gutem Gewissen treten konnten. Dieser Erfolg war möglich, weil die Amsterdamer Konferenz beherrscht und getragen war vom Geiste des Sozialismus, während in London der hinter den bürgerlichen Regierungen stehende Kapitalismus wiederum bewies, daß er nicht fähig ist, die Krisen, die er schafft, zu lösen. Deshalb spricht auch die Amsterdamer Resolution am Schluß klar aus, daß das Proletariat selber berufen ist, die Lösung dieser Aufgabe in die Hand zu nehmen. Dazu bedarf es des Bolschewismus nicht. Wenn mit Hilfe der Demokratie das Proletariat seine Vertreter in die Regierung bringt, dann wird eine künftige Londoner Konferenz dieser Regierungen die gleichen Männer zusammenbringen, die sich jetzt in Amsterdam geeinigt haben. Dann wird ein künftiges London zu dem gleichen Ergebnis führen wie Amsterdam.

Keine Rache sondern Gerechtigkeit

Die kommunistische Ruchbewegung ist überwunden durch den gesunden Sinn der Arbeitermassen. Dieser Tatsache sollten alle wirklichen Politiker Rechnung tragen. Sie spricht gegen die Ordnungspolitik nach bauerischem Muster! Deutlich muß ausgesprochen werden, daß Sünden der bestehenden Wirtschaft und Gesellschaftsordnung den kommunistischen Desperados ihr Werk erleichtern, eigentlich überhaupt erst den Ausbruch sozialer Krisenepidemien ermöglichen. Die Not peitscht die Massen. Wohl ist wahr, daß der Nahrungsspielraum verengt ist für die ganze Nation. Aber, reizt nicht um so schlimmer auf, wenn bestimmte Gesellschaftskreise, in Handel und Industrie so gut wie in der Landwirtschaft, die Gewinne scheffeln, während der Lohnarbeiter, der „Mittelständler“, der proletarisierte Intellektuelle seinen letzten Wertfonds schwinden sieht. Zu Hemd, einem Anzug, eine Samtleid für die Tochter, einem Paar Schuhe reicht es bei Millionen nicht, aber die Dividenden der Textil-, Leder- und Schuhfabriken fliegen zu beachtlicher Höhe. Ein empörender Gegensatz. Ist das gleiches Recht? Und wo soll die Achtung vor dem Recht bleiben, wenn die Rechtspflege die Hände abgelegt hat und schend ihr Vorurteil walten läßt! Menschenfinder vom Schlag des Rentnants Hiller kommen mit Ehrenhaft davon; der bunte Krug gewährt Schutz vor Verfolgung, die Generalstabsorte wappnet gegen Meineidsverurteilung, Kappisten mit Ordenssternen an der Brust können sich in Freisicht tummeln und zu neuem Werke rufen, die weissen ungebildeten Proletarier, die nichts Schlimmeres taten, hinter Gittern sitzen.

Was wunder, wenn die Massen, aus dem Gleichgewicht gehoben, zu ihrem Loben hingerissen werden? Wenn immer wieder Ruchse gegenbrechen: Veris und „Bildung“ tragen die Hauptschuld!

Jetzt soll die Sühne folgen. Mögen die Staatsleiter sich als wirkliche Politiker erweisen!

Rache darf nicht die Lösung sein!

Es sind Ausnahmegerichte einzusetzen: gefährliche Instrumente! Der Unmut über die Schandtat von Räuber-

gefindel überbraut leicht das ruhige Urteil, und dann fällt in Verdammnis, wer höchstens die Schuld trägt, daß auch sein Blut in Wallung kam. Hier tut not, daß Justitia von Morbiditäten überwacht wird. Staatsmänner, habt Acht! Die Ruchbewegung ist überwunden dank der Vernunft des Proletariats; aber dieses Proletariat erhebt jetzt seine Stimme und mahnt die andere Seite zur Besonnenheit. Nicht Rache, sondern weise Politik!

Wie preussische Sünder heben, um ein Ruchgericht herbeizurufen, dafür nur zwei Beispiele. Der deutsche nationale Landrat a. D. v. Herberga schreibt:

Für den inneren Feind aber gilt das Wort: Die Obrigkeit trägt das Schwert nicht umsonst! Verbrecher am deutschen Volke verdienen nicht die ehrende Äugel, verdienen nicht das Schwert, sondern allein den Strid! Wir wollen nicht mehr hören von Nachgeben, von Verhandeln, wie es der Oberpräsident Göring tut. Wir verlangen Härte und rüchstlossten Augreifen, selbst wenn dabei miltetetes deutsches Blut fließt!

Lalmijunker v. Gräfe-Goldebee schreibt: Nun sollen Sondergerichte schleunigt die Gefangenen aburteilen. Dem sehen diese festeren entgegen. Bin in einem einzigen Ausnahmefall die Verbrenner an Ort und Stelle samt und sonders flüchtet würden, wäre der ganze Spud zu Ende.

Gelassen und Massenerschießungen hätten zwar nicht die geringste gesetzliche Grundlage — aber wenn es sich um Befriedigung ihrer sadistischen Instinkte handelt, pfeifen die Herren Junker auf die Gesetze!

Nach dem Aufstand der Unverstand

Die Reaktion leidet von den Kommunisten. Das ist der Grund dafür, daß der Kommunistaufstand in den Blättern der Rechten immer wieder aufs neue „aufplodert“. Die übrige Welt ist der Ansicht, daß das, was jetzt noch in Mitteldeutschland Schinderhannes spielt, keine ernste Gefahr mehr darstellt. Der Aufstand ist zu Ende. Was nun?

Gegen die Strafe — für die Opfer! Das ist unser Leitgedanke. Die Galanten, Räuber und Mordbrenner sollen ihre Strafe finden. Aber die Unschuldigen sollen nicht mit den Schuldigen leiden. Man hat bei der Niederschlagung des Aufstandes die Reichswehr zurückgehalten. Es stand viel auf dem Spiel. Durch die Zurückhaltung der Reichswehr wurden die Schwierigkeiten nicht weniger. Trotzdem hat man sich für die schwierigere Methode der Bekämpfung des Aufstandes entschlossen. Heute ist die Gefahr vorüber.

Der Aufstand wird Not und Elend in viele Familien bringen. Frauen und Kinder müssen für den Aufstand miltähen. Vor den Toren der heimgesuchten Dörfer stehen Frauen und Kinder, die für ihre Angehörigen etwas tun wollen, die die Angst vor Hunger und Not zu Bitten und Demütigungen treibt. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Organisationen, die Parteien und Gewerkschaften hilflos einpringen.

Was soll nach dem Kommunistaufstand geschehen. Es müssen aus ihm die Konsequenzen gezogen werden, vor allem in der Frage der Regierungsübung in Preußen. Wenn die Reichsparteien den Kommunistaufstand benutzen, um den Kurs in Preußen ganz oder halb nach rechts hin abzuändern, so wird man sich darüber nicht wundern. Unbegreiflich aber ist es, wenn man bei den Mittelparteien des Bürgertums auch heute noch immer an den alten Kombinationen festhält. Die Vereinnahmung der Deutschen Volkspartei in die Preussische Regierung bedeutet trotz aller Bemerkungen eine Wendung nach rechts. Ist das die richtige Lösung nach dem Aufstand?

Man hat in Deutschland zu wenig politisches Gefühl in der Außenpolitik und noch viel mehr in der inneren Politik. Was ist zu tun, um die Gefahren zu mildern? Große Aktionen, unterstützt von den Gewerkschaften, sind nötig, um mehr Arbeit und mehr Brot zu beschaffen. Solche Aktionen werden nicht dadurch gefördert, daß man die Stinnes-Partei in die preussische Regierung bereinigt und die Sozialdemokratie verdrängt.

Die „Germania“ findet scharfe Töne gegen die Deutschnationalen und winkt ihnen gegenüber deutlich ab. Allein die Deutsche Volkspartei ist in ihrem Kern nur allzu sehr mit deutschnationalem Geist erfüllt. Die Fühlingnahme nach rechts, wie sie Zentrum und Demokraten ersehen, ist politisch falsch. Die bürgerliche Presse berichtet es oft geistreiche Artikel über den Mangel der Sozialdemokratie an großen politischen Führern zu bringen. Allein das Bürgertum täte gut, bei sich selbst Bewis-

senforschung zu euten. Wo sind bei ihr die großen Charaktere, die lähnen Durchgreifer?

Unsere bürgerlichen Parlamentarier aber haben eine wahre Schen davor, ein paar große Schritte nach links zu tun. Es läßt sich in Deutschland heute ohne die Sozialdemokratie keine treuere Politik machen. Die Stärke der Sozialdemokratie ist die Stärke Deutschlands. Die Franzosen wissen das genau. Es ist ihnen unangenehm, daß sie mit der Niederwerfung der Döszengallern in Deutschland die Sozialdemokratie gepflicht haben. Sie möchten sich gerne die Geschichte etwas forrigieren. Die Sozialdemokratie ist heute das Rückgrat der Nation. Sie allein ist auch im Stande, Deutschland aus der kommunistischen Weltstrie mit Gewinn herauszubringen.

Vorsichtige Kommunistenhändler

Die „Leipziger Volkszeitung“ berichtet: Am Donnerstag wurde von den Kommunisten in Vorna eine Demonstration veranstaltet. Der Zug sollte nach einem nahe gelegenen Braunkohlenwerk geleitet werden, um die Belegschaft zur Niederlegung der Arbeit zu veranlassen. An der Spitze des Zuges marschierte der Leipziger Kommunist Kaasch. Kurz vor dem Werk zeigten sich einige Sipolente. Das veranlaßte den Revolutionär Kaasch, schleunigt Reichhaus zu nehmen und die Demonstranten ihrem Schidial zu überlassen. Das „labere“ Verhalten Kaaschs hat manchem der Teilnehmer an der Demonstration die Augen geöffnet.

„Fochs Helfershelfer“

Die Rheinlande, soweit sie besetzt sind, haben von dem Kommunistaufstand der letzten Woche wenig oder garnichts gesehen. Unser Kölner Parteiblatt, die „Rheinische Zeitung“ führt diesem Umstand in erster Linie darauf zurück, daß die Rheinlande von der Entente besetzt sind. Diese Besetzung hat sich neben der Vernunft der übrigen großen Mehrheit der rheinischen Arbeiterschaft als ein fetter Damm gegen die kommunistischen Wahnansichten erwiesen. Diese Tatsache erweckt den Eindruck, all sei die Besetzung und damit der Militarismus der Entente der einzige wirksame Schutz gegen Unfuh und Gewalt. Auch unsere Kapitalisten und Reaktionsäre saugen aus dieser Blüte Honig und sagen: Kann uns der deutsche Militarismus nicht vor dem Kommunismus bewahren, so ist uns auch der Militarismus der Entente recht.

Aber auch die Dörten und Konforten bekommen durch die kommunistischen Abenteuer-Politik im unbesetzten Deutschland Wasser auf ihre Mühlen. Sie werden die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, um in ihren Kreisen und in der indifferenten politischen unreifen Bevölkerung die Entente und ihre Befassung vor allen Dingen Frankreich als die Retter in der Not, als die Schutzheligen des rheinischen Volkes in aller Not und Gefahr, ob von rechts oder links zu loben und zu preisen. Die Entente selbst aber wird in ihrem Glauben bestärkt, daß der Militarismus es ist, der die Welt vor dem sinnlosen Kommunismus der Moskauer Besatzung, der in den besetzten Gebieten für „Ruhe und Ordnung“ sorgt. Wir sehen also auch hier wieder den Kommunismus als den Schrittmacher für die Reaktion und für ihr wirksamstes Werkzeug, den Militarismus.

Die Zollgrenze am Rhein

500 Kilometer Länge — Erst 25, dann 50 Prozent Zoll, schließlich Fülle in der Höhe des Gesamtbetrags

Der Sachverständigenrat stimmt dem Bericht des Sonderausschusses über die Errichtung einer Zollgrenze am Rhein zu. Die Rheinlandskommission hat nunmehr jede Bemacht zur Durchführung der auf der Londoner Konferenz beschlossenen Zwangsmaßnahmen.

Der „Temps“ bringt nähere Mitteilungen über die Zollgrenze am Rhein. Danach wird die rheinische Zollgrenze 500 Kilometer lang sein, da der Rhein nicht als Zollgrenze dienen kann. Die Sachverständigenkonferenz hat sich die Aufgabe gestellt, angeschlossen mit der Begründung, daß bedeutende Zentren sowohl in den rechtsrheinischen Brückenköpfen als auch zu beiden Seiten des Flusses gelegen seien. Deshalb wurde ein Vorschlag angenommen, nach dem die Zolllinie im Interesse der Kontrolle im Innern der englischen Besatzungszone zu laufen soll, hierdurch werde keine Abänderung an der militärischen Besatzungszone nötig.

Ich würde vor mir selber rot werden, wenn ich mich so verweichtliche, wie ihr es tut, und ich bin doch alt, und ein wenig Pflege würde mir nicht schaden. . . . Aber nein, ihr müßt Luxus treiben, müßt was vorstellen wollen! Was? Seide zu Futter für zwei Franken pro Meter? Und dabei gibt es doch schon Alpaka zu zehn, ja zu acht Sous, der genau dieselben Dienste tut!

Emma, die bequem in ihrer Taufeuse zurückgelehnt saß, antwortete mit größter Ruhe: „Genug, Madame, genug!“ Die andere aber fuhr fort zu predigen und verkindete ihnen, sie würden noch einmal im Armenhaus endigen. Uebri-gens war Bovary selbst an allem schuld. Ein wahres Glück, daß er ihr versprochen hatte, die Vollmacht zu annullieren.

„Was?“ „Er hat es mir fest versprochen“, wiederholte die gute Frau. Emma strich das Fenster, rief Karl heraus und zwang den armen Jungen einzugehen, daß seine Mutter ihm dies Versprechen abgerungen hatte.

Emma beschwand darauf, kehrte aber bald mit einem großen Blatt Papier zurück und hielt es den beiden mit einer majestätischen Handbewegung hin.

„Ja danke“, sagte die alte Frau und warf die Vollmacht ins Feuer. Emma brach in ein süßes Lachen aus, das gar nicht enden wollte; sie hatte einen Verheerungsfall.

„Du lieber Gott“, rief Karl, „wie konntest du ihr nur solche Szenen machen?“ Die Mutter zuckte die Schultern und behauptete, das sei alles eur Schauspielerei.

Karl aber lehnte sich zum erstenmal gegen sie auf und verteidigte seine Frau, so daß die Mutter sofort abtreten wollte. Am folgenden Morgen machte sie sich wirklich reisefertig, und als Karl sie noch auf der Schwelle zurückhalten versuchte, entgegnete sie ihm: „Nein, nein, du lästst sie mehr als mich, und das ist ja auch so in der Ordnung. Uebri-gens, du wirst schon sehen, wie weit ihr kommt. . . . Ich lasse ihr gute Befeh-rung wünschen. . . . sie wird sich wohl bald wieder erholen, wenn ich nicht mehr da bin, um ihr Szenen zu machen.“

Ebenso beschämt stand Karl dann vor seiner Frau, die kein Wohl aus ihrem Jörn darüber machte, daß er ihr nicht volles Vertrauen schenkte. Sie ließ sich lange bitten, ehe sie sich dazu verstand, eine neue Vollmacht anzunehmen. Karl ging selbst mit ihr zu Herrn Quillaumin, um das Schiffsstück ausstellen zu lassen.

(Fortsetzung folgt.)

Madame Bovary

79 Roman von Gustave Flaubert.

(Fortsetzung.)

Trotzdem müße man alles tun, erklärte er, um möglichst viel aus dem Käufer herauszuschlagen. Die Sache sei schon eine Reife wert, und wenn sie sich dieser Mühe nicht unterziehen wolle, sei er gern bereit, es für sie zu tun und die Angelegenheit mit Langlois zu besprechen. Er ging, kam wieder und ündigte ihr an, der Käufer wolle viertausend Franken zahlen. Emma strahlte bei dieser Nachricht.

„Offen gesagt“, fügte Aheureux hinzu, „es ist gut bezahlt.“ Sie strich die Hälfte der Summe gleich ein und wollte die andere dem Kaufmann übergeben. Er aber sagte: „Es tut mir eigentlich leid, wenn ich denke, Sie sollen eine so hübsche Summe aus der Hand geben.“

Sie sah die Banknoten an, dachte an die unbegrenzte Zahl der Zusammenkünfte mit Leon, die sie ihr ermöglichen konnten, und stammelte: „Aber wie wäre das zu machen? Wie?“

„Ach“, sagte er mit dem Lächeln des Wiedermannes, „man kann ja alles mögliche auf die Rechnung sehen! Ich weiß doch, wie es in Haushaltungen zugeht.“

Er sah sie an und strich dabei zwei längliche Papiere zwischen den Fingern. Dann öffnete er seine Brieftasche, nahm vier neue Wechsel für je tausend Franken heraus, legte sie auf den Tisch und sagte: „Unterschriften sie die Dingergchen und behalten Sie das ganze.“

Sie mehrte ängstlich ab. Da meinte er mit unerschämter Bedeutsamkeit: „Aber ich erweise Ihnen doch einen Dienst, wenn ich Ihnen den tausend Franken ausstellen. Damit nahm er eine Feder und schrieb unter die Rechnung: Erhaltene von Madame Bovary viertausend Franken.“

„Was kann Sie denn noch beunruhigen“, fragte er, „Sie erhalten in sechs Monaten das Geld für die Parade, und ich lege Ihnen den Verzinsung des letzten Wechsels nach diesem Zahlungstermin.“

Emma vernachte seinen Berechnungen nicht mehr ganz genau zu folgen. Es kitzte ihr in den Ohren, als rollten die Goldstücke aus dem Leut auf dem Boden umher. Aheureux erklärte ihr dann noch, er habe einen Freund in Reuen, den Bankier Bincart, der die vier Wechsel diskontieren werde. Er werde ihr dann den Ueberzshuß über die wirkliche Schuld gleich überbringen.

Statt der zweitausend Franken aber brachte er nur achtzehnhundert, denn der Freund Bincart hatte sich (wie es ja recht und billig war) zweihundert Franken für Kommission und Diskont abgezogen.

Dann verlangte er neuerbei eine Quittung. „Sie verstehen. . . in Geschäftssachen. . . bitte, mit dem Datum. . . das Datum, bitte!“

Emma dachte an eine Welt süßer Phantasien und Läumen, die sie sich nun alle gestalten konnte. Sie war noch besonnen genug, dreitausend Franken beiseite zu legen, mit denen sie die drei Wechsel am Verkaufstage einlöste. Der vierte wurde aber zufällig an einem Donnerstag präsentiert, und Karl wartete ängstlich und befürtzt auf die Rückkehr seiner Frau, um sich die Sache erklären zu lassen.

O, sie habe ihm von dem Wechsel nichts gesagt, um ihm die häuslichen Sorgen zu ersparen. Sie setzte sich auf seine Knie, liebkoste ihn, girrte zärtlich und zählte eine Menge Gegenstände auf, alles natürlich Dinge, deren Anschaffung unbedingt nötig gewesen, und die obendrein außerordentlich billig berechnert worden waren.

„Du müßt doch zugeben“, meinte sie zum Schluß, „daß der Preis für all diese Dinge gewiß nicht hoch ist.“

Karl wußte keinen anderen Ausweg als zu Aheureux zu laufen, der ihm versprach, die Sache in Ordnung zu bringen, wenn Bovary ihm zwei Wechsel unterschrieb, den einen auf siebenhundert Franken, die in drei Monaten zu zahlen waren. Um seine Geldverhältnisse in Ordnung zu bringen, schrieb er dann einen pathetischen Brief an seine Mutter. Statt zu antworten, kam sie selbst. Als Emma Karl fragte, ob die Mutter etwas hergeben wolle, erwiderte er: „Gewiß, aber sie will die Rechnung sehen.“

Am folgenden Morgen lief Emma schon ganz früh zu Aheureux und bat ihn, ihr eine neue Rechnung auf tausend Franken auszustellen. Denn wenn der Verkauf des Hauses heraus hätte vorzeigen müssen, so wäre der Verkauf des Hauses heraus gekommen, den Karl erst viel später erfahren sollte.

Trotz des niedrigen Preises jedes einzelnen Gegenstandes fand die alte Frau Bovary die Ausgaben doch übertrieben.

„Gähte man den Teppich nicht sehr gut eindecken können? Weßhalb mühten die Leberzüge über die Lehnstühle erneuert werden? Zu meiner Zeit gab es in jedem Haushalt nur einen Lehnstuhl für die alten Leute — wenigstens war es bei meiner Mutter so, die eine ehrenhafte Frau war, das könnt ihr mir glauben. Es kann doch nicht jeder reich sein! Und Verschwendung wird übrigens auch mit dem größten Vermögen rasch zer-

Was den Zoll für den Eingang aus dem nicht besetzten deutschen Gebiet in den Rheinländern betrifft, so ist von der Rheinlandkommission vorgeschlagen worden, in der ersten Periode 25 Proz. des deutschen Zolles zu erheben, in der zweiten Periode 50 Proz. und in der dritten Periode den gesamten Betrag des deutschen Zolles. Sämtliche Zahlungen seien in Goldmark zu erheben. Vorläufig hat sich der Ausschuss für den Zollrat nur auf die erste Periode festgelegt, für die beiden anderen Perioden aber weitere Anträge, die den beteiligten verhandelnden Regierungen vorbehalten.

Schließlich des Ausgangs zollfrei für rheinische Waren nach dem unbesetzten Deutschland hat die interalliierte Kommission die Erhebung von Zöllen vorgeschlagen, die dem deutschen Zoll in Papiermark gleichkommen. Der „Temps“ bemerkt hierzu: Dieser Vorschlag scheint keinen Widerspruch gefunden zu haben. Der Bericht der Sachverständigenkommission lagte lediglich, wenn der Eingangszoll an der Westgrenze des besetzten Gebietes herabgesetzt werden würde, müsse der Ausgangszoll der Ostgrenze so herabgesetzt werden, daß der Zoll dem effektiven deutschen Eingangszoll an den anderen Grenzen gleichkomme. Es scheint, daß dieser Vorschlag gemacht worden ist, weil es vielleicht notwendig werden könnte, der Westgrenze des besetzten Gebietes für Nahrungsmittel, Rohmaterialien und gewisse Fertigfabrikate Zollermäßigungen zu gewähren.

Schließlich des Ausgangs zollfrei für rheinische Waren nach dem unbesetzten Deutschland hat die interalliierte Kommission die Erhebung von Zöllen vorgeschlagen, die dem deutschen Zoll in Papiermark gleichkommen. Der „Temps“ bemerkt hierzu: Dieser Vorschlag scheint keinen Widerspruch gefunden zu haben. Der Bericht der Sachverständigenkommission lagte lediglich, wenn der Eingangszoll an der Westgrenze des besetzten Gebietes herabgesetzt werden würde, müsse der Ausgangszoll der Ostgrenze so herabgesetzt werden, daß der Zoll dem effektiven deutschen Eingangszoll an den anderen Grenzen gleichkomme. Es scheint, daß dieser Vorschlag gemacht worden ist, weil es vielleicht notwendig werden könnte, der Westgrenze des besetzten Gebietes für Nahrungsmittel, Rohmaterialien und gewisse Fertigfabrikate Zollermäßigungen zu gewähren.

Die Förderung des Wohnungsbaus mit Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge

Von zuständiger Stelle erfahren die „B. B. N.“: Eine Förderung des Wohnungsbaus mit Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge im Sinne der Bestimmungen des Reichsarbeitsministeriums ist, nach einem Erlaß vom 9. März grundsätzlich insoweit abgeschlossen, als für denselben Wohnungsbauein Reichsdarlehen oder andere Mittel des Reiches als Unterstellungen gewährt werden. Das Gleiche gilt auch für die seitens des Staates gegebenen Darlehen. Im übrigen rechtfertigt die große Arbeitslosigkeit im Vorgebirge auch nach Ansicht der Reichsregierung die Förderung des Wohnungsbaus aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Der entscheidende Gesichtspunkt für die Auswahl aus den zahlreichen Bauvorhaben ist, daß nur solche mit Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge gefördert werden können, durch deren Ausführung auf die Dauer eine vorteilhafte Verteilung der Arbeitskräfte herbeigeführt oder neue Arbeitsgelegenheit geschaffen wird. Das trifft insbesondere zu, wenn Wohnungsbauein dem Uebergang von Arbeitskräften aus einer Stadt in ein ländliches Arbeitsverhältnis dienen, darüber hinaus für alle Wohnbauten, von denen eine Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung einheimischer Rohstoffe oder Betriebsstoffe erwartet werden darf. Ausnahmen sind hierbei Wohnungen, deren Errichtung nach den besonderen Vorschriften für die Errichtung von Bergmannswohnungen unterstützt werden kann.

Frankreich und Deutschland

Die schwedische Zeitung „Nationen“ bringt einen Artikel „Erbsünde“ von dem Schriftsteller Andreas Paulson. Darin heißt es: Wieder ist die lateinische Rasse auf dem Einmarsch in Germanien. Die Normenvasion wurde durch die Niederlage des Varus im Teutoburger Walde aufgehalten. Durch den damaligen Sieg der Deutschen wurde die germanische Welt, der auch die skandinavischen Länder angehören, davon bewahrt, römische Provinzen und latinisiert zu werden. Ohne die Tapferkeit der germanischen Vorkämpfer wäre jetzt wohl wenig von unserer Nationalität übrig. Das latinisierte Frankreich hat diese Einfälle in Deutschland wieder aufgenommen, als ob die römische Nachhut mit dem lateinischen Geiste den Franzosen ins Blut übergegangen wäre. In den Gegenden, wo die Franzosen jetzt einmarschieren, können sie von einer Burg, und Schloßruine zur anderen gehen, die ihre Vorfahren gebaut haben. Deutschland ist niemals Frankreichs Erbsünde gewesen, dagegen Frankreich häufig der Erbsünde Deutschlands.

Der Verfasser rät dann Frankreich unaufhörliche Plünderungs- und Verwüstungsarbeiten in Deutschland auf und fährt fort: Es ist schauerlich, wenn man sich richtig in all' Leiden einzubringen sucht, die das deutsche Volk jahrhundertlang immer wieder hat aushalten müssen. Auch für 1870 trägt Frankreich die Schuld. Das siegreiche Deutschland empfing die Friedensunterwerfung des besiegten Frankreich mit aller Gütlichkeit, behandelte sie als Unterländer und Gefangene. Wie anders verhalten sich die Franzosen jetzt gegenüber den geschlagenen Deutschen. Gibt es eine Veröhnung, die Frankreich Deutschland erparen will? Deutschlands Unterländer wurden eingesperrt hinter Stacheldrähter und nicht empfangen als Unterländer, sondern als Sklaven, die nur Verleumdungen und Verleumdungen hatten, und als Schandenerbe wird eine phantastische große Summe verlangt. Deutschland zeigte 1870, daß es nicht Frankreichs Erbsünde war. Frankreich zeigt heute, daß es Deutschlands unerbüßliche Erbsünde ist. Täglich kommen Schriftstücke ans Tageslicht, die zu beweisen scheinen, daß Frankreich den Krieg beschloß, bevor er ausbrach, daß es nur auf eine Gelegenheit wartete. Jaures wurde ermordet, weil er dies zu sagen wagte und vor dem Kriege verurteilt, die europäischen Friedensfreunde in Bewegung zu setzen, um Frankreich und Ausland zu verbünden, den Krieg zu entkommen, den, wie er sagte, Frankreich beschloß. Die Behauptung von einer „Allianz“ Deutschlands am Kriege wird deshalb von keinem Unparteiischen mehr geglaubt.

Soziale Rundschau

Proletarische Kleingartenbewegung
Der Zentralverband der Kleingartenvereine Deutschlands (Eich Berlin SO. 16, Rönnecker Straße 22a) beruft auf Pfingsten d. J. einen allgemeinen Kleingartenkongress. Eingeladen sind alle Kleingartenvereine, Orts-, Landes- und sonstige Verbände von Kleingartenbewirtschaftern, die gleichen und ähnlichen Bestrebungen verfolgen wie der einladende Zentralverband. Der Zentralverband der Kleingartenvereine Deutschlands ist ursprünglich hervorgegangen aus dem früheren Verband der Kleingartenvereine Berlins und Umgegend, welcher heute den Gau Groß-Berlins dieses Verbandes bildet.

Dieses Programm kann grobenteils auch von der bürgerlichen Kleingartenbewegung angenommen werden. Einmal ist das aber noch nicht geschehen. Zum zweiten sind auch Kleingartenvereine, die die bürgerlichen Kleingartenvereine überlegen, ummöglich zu den Kleingartenvereinen: Sozialisierung des Grund und Bodens. Der Zentralverband der Kleingartenvereine Deutschlands macht es sich zur Aufgabe, mit der allgemeinen Arbeiterbewegung zusammenzugehen und zu bleiben, daß diese durch die Kleingartenbewegungen nicht beeinträchtigt, wo und soweit es in seinem Rahmen möglich, vielmehr tatkräftig gefördert werden.

Näheres über den Zentralverband der Kleingartenvereine Deutschlands wolle man durch dessen Geschäftsstelle (Berlin SO. 16, Rönnecker Straße 22a) erfragen, von welcher auch die Druckkosten für den eingangs schon erwähnten Kleingartenkongress zu beziehen sind.

Gemeindepolitik

* Mannheim, 2. April. Für den Ausbau des Spitals für Lungenerkrankte hat der Stadtrat 1 200 000 M. bewilligt.
* Mannheim, 2. April. Der bisherige stellv. Amtmann des Mannheimer Nationaltheaters Dr. Adolf Krämer

wurde in der letzten Stadtratssitzung einstimmig zum Intendanten des Nationaltheaters für 8 Jahre verpflichtet.

W. B. Vom Oberlande, 2. April. Ausübung der Wasserkräfte. Die Gemeinde Breunlingen will den Grandbach zu einer Wasserkraft ausbauen. — Ueber die etwaige Erstellung eines Kraftwerkes bei Södingen wird berichtet, daß der Bürgerausschuß dieser Gemeinde neuerdings weitere 2000 M. aus den früheren 3000 M. bewilligt hat, die zur Ausarbeitung eines Gutachtens mit Projektstudien über die Fragen der Wasserkräftnutzung und Schiffbarmachung des Rheins durch Ingenieur Gruber in Basel dienen sollen.

Aus der Partei

Eine Tagung des Bezirksausschusses
Der Sozialdemokratischen Partei Badens findet im Montag, den 18. April ds. J., vormittags 11 Uhr beginnend, im Ständehaus zu Karlsruhe (Sitzungszimmer der sozialdemokratischen Landtagsfraktion) statt. Als vorläufige Tagesordnung ist vorgesehen: 1. Die Landtagswahl 1921 (Aufstellung der Kandidaten), 2. Die politische Lage (Referent Reichstagsabgeordneter Oskar Wed. Mannheim). Der Bezirksvorstand rechnet auf das vollzählige und pünktliche Erscheinen aller Mitglieder des Bezirksausschusses.

Der Kommunistenputz

Es liegen folgende Meldungen vor:
Berlin, 5. April. Der „Berliner Lokalanzeiger“ erklärt aus Halle: Bei Schraplau ist einer der beiden Hauptredaktionsleiter der Steinbrücker Arbeiter Zeitung Karlens, mit fünf seiner Genossen händelhaft erschossen worden.
Berlin, 4. April. Die Arbeiter haben mit großer Mehrheit beschlossen, am Mittwoch, dem Tage der Beerdigung Spils, von einem Auslande abzugehen.
Berlin, 5. April. Die kommunistische Partei erklärt in der „Roten Fahne“ an die deutschen Bergleute, Eisenbahner und Transportarbeiter einen Aufruf zur aktiven Unterstützung der streikenden englischen Bergleute. Die Transportarbeiter und die Eisenbahner werden aufgefordert, Kohlentransporte nach dem fremden Auslande zu verhindern.

Berlin, 4. April. Der Heizer Heinrich Diebahn, der im Hause Uhlendstraße 97 beschäftigt ist, fand heute vormittag an der Kellerstufe einen Papierforton mit 14 Sprengstoffkugeln, die allem Anschein nach mit Koburit gefüllt waren. Die Zündschnur war bereits abgebrannt, mußte jedoch nachher wieder erloschen sein. Am anderen Ende der Zündschnur befand sich die Sprengkapsel einer Handgranate.
Berlin, 5. April. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet, haben die nunmehr abgeschlossenen Untersuchungen des Attentats auf die Siegesallee ergeben, daß Holz das Attentat angezettelt und die Sprengstoffe dazu geliefert hat. Ebenso hat er alle kommunistischen Attentate der letzten Woche, wie die Anschläge auf Eisenbahnzüge, Kraftwagen usw. geleitet. In diesem Hode hat er sich unter dem Namen Peter Tagelang in Berlin aufgehalten und teils bei Genossenschaftsgenossen und teils in einer Laube in der Jungfernhöhe gemohnt.

Berlin, 5. April. Nach einem Bericht des „Berliner Lokalanzeigers“ werden die Wiederherstellungsarbeiten in den Kennwerten Ende dieser Woche beendet sein, so daß dann der Betrieb wieder aufgenommen werden kann. Für die Einstellung der Arbeiter soll eine bestimmte Jahresgrenze festgelegt werden, da jeder, der in einem für Deutschland so wichtigen Betriebe wie in den Kennwerten arbeitet, eine gewisse Weisheit erlangen muß.

Berlin, 4. April. In Sachsen, in den Rheinländern und Oberösterreich, desgleichen in Hessen-Nassau ist die Nacht ruhig verlaufen. In Weimar ist der Streik beendet. Die Aufnahme der Arbeit vollzieht sich langsam, da verschiedene Höchfen ausgeblieben sind. Die Schulpolizei ist zurückgezogen worden. Die Arbeit in den linkeisenischen Betrieben wurde heute fast vollständig wieder aufgenommen. Die Bewegung, die die Ausrufung der rheinischen Republik zum Ziele hatte, ist mißlungen.
Magdeburg, 4. April. Die Weibestelle des Oberpräsidiums teilt mit: Im Regierungsbezirk Merseburg wurden auf verschiedenen Streifen mehrere Personen festgenommen und auch Gewehre beschlagnahmt. Gestrichelt wurde mit einer Dunderthalerbaurand besetzt. Im Kreis Torgau wurden 230 Personen festgenommen. In Torgau ist ein Handgranatenattentat auf den 2. Bürgermeister verübt worden, das mißlungen. Es wurden erhebliche Munitionslieferungen gemacht. Im übrigen kann gesagt werden, daß die Lage im allgemeinen ruhiger geworden ist und daß die Aufbruchsbewegung als niedergeschlagen betrachtet werden kann.

Theater, Kunst und Wissenschaft

Badisches Landestheater

Aufführung: „Frau Ubia“, Schauspiel von Ludwig Kallm. Das Pseudonym bedingt eine in politischen, journalistischen und literarischen Kreisen Karikatur des bestbekannten Persönlichkeits. Der unter dem Namen steht, wird seinen Grund haben, und den soll man respektieren, wenn es auch nur der Bescheidenheit wäre. Wir wollen daher das Pseudonym nicht liften, obwohl einem von der Seite der Bühne angehört, die gleiche Rücksicht nicht zuteil wird. Der Herr mag daraus entnehmen, daß wir Ubia doch bessere Menschen sind als seine Freunde. Die Vorstellung begann mit acht Minuten Verspätung. Aber man konnte nicht sagen: Was lange währt, wird endlich gut. Denn was da in vier Akten an uns vorbeisag, war nicht gut. Mit wachsendem Entzücken hörte der Zuschauer die geistreichen Extemporationen über Kunst, die von solchen über die soziale Frage abgelöst wurden, bis sich schließlich als Haupthandlung eine Herzensfäule ergab, die schier maritisch anmutet und zu jener Art Literatur gehört, über die Ada Christen einmal schrieb:

„All euer girrendes Herzgeleid
Ist lange nicht so weh,
Die Winterälte im dünnen Kleid,
Die bloßen Füße im Schnee.
All eure romantische Seelennot
Schafft nicht so herbe Pein,
Wie ohne Dach und ohne Brot
Sich betten auf einem Stein.“

Eine Lebendame mit bewegter Vergangenheit ist die Hauptperson: ihr Liebesbegehren zerbricht an der Mannhaftigkeit ihres Ausersehenen, der als edler Mensch die Anschauung von der Bedeutung des schrankenlosen Individualismus überwunden hat. Eine wirklich sympathische Gestalt. Allein daneben steht ein gewisser Dr. Kerenberg, einer jener berühmten Sanktanten, die man in der älteren Literatur öfter antrifft. Der Mann qualifiziert sich dergestalt als Kämpfer und Erzieher, daß er kaum in der Gesellschaft gebildet würde. Wenn man nach dramatischem Wasser gräbt, sieht man auf ein dünnes Nebenbühnen, das sich mühsam durch den geistreichen Sand der Konversation schlingelt. Die Wagner des Ganges, besonders in den jüngsten Akten, vertritt eine so löbliche Nebenfigur, daß das Schmunzeln der ergrühten Zuschauer sich mitunter zu lautem Gelächter steigert. Der Verfasser, der wegen seiner scharfen Feder in kritischen Beland und gefürchtet ist, ist zweifellos ein kluger und achtbarer Kopf, ein ererbter Mensch. Er weiß sehr wohl,

wie ein gutes Drama gemacht wird, er acht, wie man es macht. Es ist immer gut, wenn Kritiker sich auch mit eigenen Produktionen befassen; das gibt ihnen ein Repetitorium für Ansprüche und lehrt sie mindstens die Bescheidenheit. Ich muß sagen, für mich ist an diesem Abend ein Nimbus zerfallen. Ich frage mich, wie kann ein so gelehrter Mann sich absichtlich so klammern? Denn wer so hohe Anforderungen an alle Kunstleistungen und Künstler stellt und so schwer zu beschieben ist, der mühte doch auch eine gehörige Dosis Selbstkritik und ein herabgezogenes Können besitzen. Aber nach dieser Probe mühte man urteilen, daß hinter jener gelehrten Unerbittlichkeit, die so oft jede Nachsicht und jedes Wohlwollen vernichten läßt, und schon öfter die Darsteller unres Theater in ihrem Arbeitsfelder schwer gekemmt hat, das hore produktive Unvermögen steht, ein Unvermögen, das dem Verfasser eigentlich alle moralische Verachtung nähme zur Führung einer so scharfen kritischen Sprache. Denn Kritikerin ist leicht, es gehört zu einer „harten Kritik“ nicht halb so viel Will als zu dem fleinsten literarischen Aufwandsloß, das wollen wir doch nicht bezweifeln. Ein Mann, der so sehr nach allen Seiten seine Vorgehen spricht, der über einen Roman, eines journalistischen Kollegen schrieb, daß ganzen Völkern davon schicklich werde, sollte es sich doch überlegen, ehe er selbst sich auf das dramatische Glotzfeld begibt und um den Vorbeer ringt, den er ernen so gern zerhaut. Die zahlreichen von ihm Angegriffenen, zu denen ich nicht die Ehre habe zu gehören, werden ihm seinen Durchfall ohne Schonung quittieren, ihm der auch seine Schonung fern. Als objektiver Kritiker muß man feststellen, daß es wohl zu einigem Applaus, aber das wissen auch zu Hissen und sogar zum richtigen Pfaffen gekommen ist, ein für mich am Karlsruher Theater nie erlebter, penitenter Vorgang. Ich habe für das Ganze nur eine Erklärung, die zugleich eine Entschuldigung wäre; sie möge hier genannt sein, selbst auf die Gefahr hin, daß sie nicht zutrifft. Dieses Stück „Frau Ubia“, dessen Aufführung wir erlebten, scheint mir ein Jugendwerk des Verfassers zu sein, das, etwa 1890 entstanden, fast vierzig Jahren im Schreibisch liegt. Es ist ganz im alten Geschmack gehalten, nicht nur das Bühn, auch die Dialogbehandlung, die noch keinen Hauch von Naturalismus verspürt hat. Jegenden Liebhaber wird dem Verfasser, der dieser Tage ein Berufsstudium feiert, das Stück abgeschwätzt haben. Rühm hat die Schwärze gehabt, es ihm zu geben, denn von Autorentitel ist in keiner ganz frei, und so kam dieses antiautorisierte, aber für 1890 wohl angängliche Stück am Rampenplatz als eine Ovation des Theaters für die betreffende Person. Anders können wir es nicht erklären. Wäre „Frau Ubia“ 1920 geschrieben, so müßten wir sagen, der Mann ist in seinem Geschmack seit 40 Jahren stehen geblieben, was bei seiner geistigen Regsamkeit ausgeschlossen scheint.

Damit trübe die Hauptstadt des Theater, und darüber muß einmal gesprochen werden. Es wird kein Zufall sein, daß das Theater seit einiger Zeit sich um Dramen hochmöglicher Journalisten bemüht, denen die Ehre einer Einstudierung nie erwiesen worden wäre, wenn die Verfasser nicht so hochmügend wären. Die darin zu erkennende Absichtlichkeit muß verstimmen. Das Theater sollte mehr Würde an den Tag legen und nicht solch niedrige Gungdublerer treiben. Im Interesse der öffentlichen Sauberkeit müssen wir dagegen protestieren. Wir wissen nicht, gegen wen sich der Vorwurf richtet, es ist uns auch egal. Aber der Geschäftsherr des Theaters soll nach „Kunst“ A schürfen und sich mehr um die Kunst des Publikums kümmern, als um die einzelner einflussreicher Kritiker. Oder er soll die Hand von der Repertoiregestaltung lassen. Sapienli sat.

In der Vorbereitung war nichts auszu sehen. Die Künstler geben sich redliche Mühe, insbesondere Frl. Noorman und die Herren Herz, Dülner, Effel, Geschmadowell und Hilgerich hatte Baumhach die Möbel zusammengestellt, und die Kostüme bewiesen seine Kenntnisse als Modelindiger der jüngstvergangenen Zeit. Die Kostüme des Frl. Noorman zeigten, daß jene Mode auch schon sein konnte, wenn sie von entsprechenden Damen getragen wurde.

Der Berliner Pianist und Gesangsmeister Otto Balle ist einem Schlaganfall erlegen. Derselbe war der ständige pianistische Begleiter der Sembria und Katti auf ihren Europatourneen, und der Lehrer von Julia Kulp und Claire Dug. Seine Tochter ist die Karlsruher Opernsängerin Frau Lotte Lange-Balle.

Frau von Ernst in Worms. Das Mitglied unseres Landes-Theaters, Frau Marie von Ernst wirkte letzter Tage in einem Symphoniekonzert in Worms mit und errang auch dort, wie so oft schon in Karlsruhe, einen unbefruchteten Erfolg. Die „Wormser Nachrichten“ schreiben über die geschickte Künstlerin: „Nach einer Pause war Gelegenheit geboten, in der Solistin des Abends, Frau von Ernst-Karlsruhe, eine Sopranistin allerersten Ranges kennen zu lernen. In der an die musikalische Schulung einer ausgesprochenen Koloraturistin höchste Anforderungen stellenden Glöckchenarie aus der Oper „Lafmé“ des französischen Komponisten Delibes zeigte sich Frau v. Ernst als hervorragende Künstlerin. Unter Begleitung des Orchesters sang sie die Arie mit glücklicher Stimme, den ganzen Reiz dieser eigenartigen Musik wiedergebend. Reicher Beifall und neue Blumenpende belohnte die Künstlerin für ihre schöne Kunst.“ Genau so anerkennend äußert sich auch die „Wormser Zeitung“.

Rede des Abg. Schöpflin zur Wehrverfassung

In der Sitzung des Reichstags vom 18. März ds. Js. wurde die Wehrverfassung der Deutschen Republik verabschiedet. Das Gesetz ist in einem Ausmaß in wochenlangen eingehenden Verhandlungen gründlich durchberaten worden, wobei es zu recht interessanten Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der Parteien der alten monarchistischen und militaristischen Auffassung und den Vertretern der sozialistischen Parteien kam. Besonders scharf umkämpft wurde der vom Genossen Schöpflin gestellte Antrag, im Gesetz auch zum Ausdruck zu bringen, daß es sich um die Wehrmacht der Deutschen Republik handelt, wogegen die Volksparteiler und die Deutschnationalen ankämpften. Im Ausschusse fand sich eine aus den beiden sozialistischen Parteien, wie der kommunistischen Partei und den Demokraten und dem Zentrum gebildete Mehrheit für den Antrag. Im Plenum am 18. März verhielten sich die Deutschnationalen und die Volksparteiler, die „Republik“ wieder aus dem Gesetzentwurf herauszubringen. Auf diese Bestrebungen der Reaktionskräfte beziehen sich die einleitenden Worte des Genossen Schöpflin in der nachfolgenden nach dem amtlichen Stenogramm auszugsweise wiedergegebenen Rede:

Schöpflin, Abg.:

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie im Gegensatz zu dem Herrn Vorredner, es bei dem Wortlaut zu lassen, wie ihn der Wehrausschuß gestaltet hat. Die Begründung für die Abänderung, die wir soeben gehört haben, war wesentlich vorläufiger Natur (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) als die Begründung, die wir im Ausschusse gehört haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im Ausschusse hörten wir von dem Reichswissenschaftler: es wird gegen die Einfügung des Wortes „Republik“ deshalb Einspruch erhoben, weil die Herren von der Deutschen Volkspartei monarchistisch sind und aus monarchistischer Gesinnung heraus es ablehnen, das Wort „Republik“ in die Wehrverfassung zu bringen. Ein Parteifreund des Herrn v. Gallwitz hat dann die Sache offen aus dem Saal herausgelassen, indem er erklärte:

Wir hoffen, daß in ein bis zwei Jahren wir in Deutschland die Monarchie wieder eingeführt haben, und sind deshalb dagegen, daß das Wort „Republik“ hineinkommt. (Hört! Hört! links.)

Das hat ja nicht zuletzt dazu geführt, daß andere bürgerliche Parteien die Notwendigkeit eingesehen haben, das Wort „Republik“ in die Wehrverfassung hineinzubringen. Ich kann mir nicht denken, daß nunmehr die Parteien, die im Ausschusse gegen die deutsche Abwehr der heutigen Antiquitäten ausgesprochen haben, jetzt eine andere Stellung einnehmen. Man hat auch darauf hingewiesen, es hätte früher auch nicht gehen können: Das Kaiserliche Heer. Das ist richtig. Das erklärt sich aber aus der ganzen Entwicklung des kaiserlichen Deutschland. Wir hatten aber doch die Königlich Preussische, die Königlich Sächsische und die Königlich Bayerische Armee, und wir hatten die Kaiserliche Marine.

Meine Damen und Herren! Es ist durchaus notwendig, daß in § 1 dieses ersten Wehrgesetzes der Republik zum Ausdruck gebracht wird, daß es sich um eine Wehrmacht der deutschen Republik

handelt. Ich sage ganz offen: es ist eine gewisse Kampfesstellung und Kampfesabsicht darin gewesen, das Wort einzufügen.

Nach dem Urteil des Reichswissenschaftlers ist die Mehrheit der Offiziere monarchistisch gesinnt. Ich gehe weiter und sage: nicht nur die Mehrheit, sondern die überwiegende Mehrheit ist monarchistisch gesinnt. Wir wissen, daß ein Teil auch der im Dienste befindlichen Offiziere ganz offen monarchistische Propaganda treiben; in den letzten Wochen und Monaten weniger öffentlich, aber die Propaganda ist immer noch da.

Demgegenüber muß der Reichstag, das Parlament der Deutschen Republik, zum Ausdruck bringen, daß die Wehrmacht, die wir jetzt mit diesem Gesetzentwurf fundieren, die Wehrmacht der Republik ist.

Gegenüber solchen Verhören, die unfruchtbar da sind, gegenüber auch mit Hilfe der Gewalt in einem künftigen Moment der Republik ans Leben zu gehen, ist es notwendig, zum Ausdruck zu bringen, daß die Offiziere und die Angehörigen der Wehrmacht nicht nur Angehörige der Wehrmacht des Deutschen Reichs schlechthin, sondern der deutschen Republik

sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren! Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit nur ein oder zwei Beispiele geben, wie monarchistische Propaganda unter den aktiven Offizieren getrieben wird und wie Aktionen der Vergangenheit, die in Offizierskreisen gelesen werden, wor mir liegen drei Nummern der in der Kreise der Marine-Offiziere sehr verbreiteten Zeitschrift „Mittschiff“. Da findet sich in Nr. 11 eine Märzbesprechung, um mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten gestatte ich mir, ein paar Sätze daraus zu verlesen.

Marine-März 1920.

Unpolitische Betrachtungen.

Am bitte ich Sie, einen Augenblick zu beachten, was in dieser Märzbesprechung einer in aktiven Offizierskreisen fast verbreiteten Zeitschrift zum Besen gegeben wird:

Mit klugem Spiel, unter der alten Kriegsflagge, mit wehenden schwarz-weiß-roten Fahnen, selbstbewußt und kraftvoll durch das Brandenburger Tor. Der war so nüchtern, so real denkend, daß ihm das Herz nicht höher schlug. — Der Hintergrund: Nationalversammlung Dauerzeitung. Keine Fahnen, keine Fahnen, keine Fahnen. Alles wird teuer. Die Seitenfüße: Reichswehr- und Marinegarnisonstruppen haben die besten Stellen besetzt, also Junkerzeit.

geborene Regierungsversprechen. Reichsminister ein Zivilist — Damit ist Herr Gehler gemeint! (Heiterkeit bei den Soz.) — Die Schaulust: Frontsoldaten, Seeleute, in denen noch etwas vom Furor teutonicoe lebt, denen der Fiel bis zum Kalle steht — ehrliebe, uneigennützig Idealisten, die Ehrhardt-Leute sind damit gemeint — Abenteuer. Vor allem: Jugend, Schwung und Panzerkampf.

Weiter wird nun von der Energie gesprochen: Aber immerhin Ertrag: Energie und Mut. Mut fliehet. Die Frühgeburt gewalttätiger deutscher Erneuerung mählingt.

Dann weiter: die bürgerlichen Parteien — das geht jetzt Sie (nach rechts) an — wurden so kühl, so klein. In Berlin haben sie geschworen die Hände. — Ach, da lieber deutscher Sippenhaubenträger!

Damit sind Sie (nach rechts) gemeint. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) — Ein altes Lied:

So stehn wir an des Thrones Stufen
In unerschütterlicher Treue fest,
Und sind bereit, Curra zu ruhen,
Wenn es sich irgend machen läßt!

Generäle und Stabsoffiziere bei Wittwik. Ein sondersbarer Ton. Sind wir noch alte kaiserliche oder schon revolutionäre Offiziere? — Das gilt nur die Herren dort (zum Regierungstisch gewandt). Unter Haupt, unter Kaiser steht.

Hier steht das dreifache Curra. — Die Ehrhardtische Marinebrigade glaube sich im Recht. Die Kapp-Regierung verjagt. Arme Schaulustier! Der Ausfall des Stüdes ist nicht eure Schuld.

In der nächsten Nummer derselben Zeitschrift finden wir am Schluß eines Artikels folgende Sätze:

Den Geist der Ehrhardt-Marinebrigade gilt es zu verpflanzen. Marinebrigadengeist und gesunder Freireformgeist müssen sich durchsetzen, wenn anders nicht die Wehrmacht in kritischen Tagen verfallen soll.

Marinebrigadengeist, der Filantropiegeist eines Ehrhardt, der Geist eines Aulak, der Barbarei, der Geist der Brutalität, etwa des Freireform Aulak, soll verpflanzt werden. Das wird in einer Zeitschrift in Marineoffizierskreisen verbreitet!

Ich greife auf die Debatte, die wir früher auf die monarchistischen Freireform eingeleitet haben, mit Rücksicht auf die Geschäftsfrage nicht zurück. Aber aus dem, was früher gesagt worden ist, ergibt sich die absolute Notwendigkeit, den Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften zum Bewußtsein zu bringen, daß sie Angehörige der Wehrmacht der Republik sind, und wenn dadurch die Geschäftsfrage für sie entsteht, ob sie nunmehr noch in der Reichswehr dienen sollen, dann dürfen sie die Gewissensfrage so lösen, wie es sich für ehrliche, anständliche Menschen ergibt.

Ich hoffe also, daß die Mehrheit des Hauses die Ausschussfassung beibehalten läßt.

Dann lassen Sie mich ein paar Worte zu der Gruppe von Anträgen sagen, die jetzt hier zur Beratung steht. Die Herren von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei beantragen, dem § 7 a einen Zusatz zu geben, wonach die Vertrauensleute nach dem Verhältniswahlrecht gewählt werden sollen. An und für sich ist der Antrag zweifellos sympathisch. Aber es ist doch so: die Gruppe ist außerordentlich auseinandergegangen, die Formationen sind klein, oft nur ein Bataillon an einem Ort; da ist — davon habe ich mich im Ausschusse durch den Herrn Reichswissenschaftler überzeugen lassen — die Verhältniswahl sehr schlecht durchzuführen. Sie würde technischen Schwierigkeiten begegnen, die, glaube ich, das ganze Wahlverfahren und den Zweck der Lösung zu einem Teil gefährden würden. Weil ich also die technischen Schwierigkeiten höher einschätze als die Vorteile, die der Antrag bringen könnte, wende ich mich dagegen.

Zu § 8, der die Heeres- und Marinekammern betrifft, liegt ebenfalls ein Antrag der Herren Unabhängigen vor, auch hier nach dem Verhältniswahlrecht zu wählen. Von meiner Fraktion ist ein Antrag gestellt, den Abt. 1 so zu fassen, daß die Wahl allgemein und unmittelbar ist; gemeint ist die Heereskammer und die Mannschaften gewählt. Ich habe mich auch da überzeugen lassen, daß es fast unmöglich wäre, einfach Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften zusammen als einen Wahlskörper zu nehmen. Denn bei 100 000 Mann, worunter 17 000 Unteroffiziere, 78 000 Mannschaften und 4000 Offiziere sind, würden die Offiziere, die doch die Führer der Truppe sind und in der Kammer gehört werden müssen, bezartig in der ausüblichsten Minderheit sein, daß man, glaube ich, wenn man die Dinge militärisch betrachtet, dieses Resultat nicht wünschen kann.

Ebenso bedauere ich, daß wir auch dem weiteren Antrag nicht zustimmen können, daß die Kammer zu allen Dienstvorschriften und Verfügungen der Heereskammer vorgelegt werden. (Hört, hört! bei den U.S.P.) Das vertritt sich mit der Technik des militärischen Betriebes gar nicht. (Hört, hört! bei den U.S.P.) Wenn eine Heereskammer auf dem Posten ist, wenn gute Leute hineingeführt werden, wenn der Reichstag hinter der Heereskammer steht — davon hängt schließlich die Wirksamkeit der Heereskammer ab —, dann wird eine Heereskammer auch so in der Lage sein, den Einfluß zu bekommen, den sie bekommen soll, der aber immerhin ein beschränkter ist.

Ebenso kann ich nicht dem Antrag zustimmen, daß alle Verhandlungen der Heereskammern öffentlich sein müssen. Es gibt doch Dinge in militärischen Betrieben wie in jeder Organisation, die nicht öffentlich behandelt sein müssen. Deshalb beantragen wir, daß für diejenigen Gegenstände, die der Herr Reichswissenschaftler nicht öffentlich zu behandeln wünscht, die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden soll. Wir haben ja die Gelegenheit, daß wir den Herrn Reichswissenschaftler wegen des Ausschlusses der Öffentlichkeit hier zur Rede stellen können.

Wir haben weiter gewünscht, daß die Entschlüsse und Verhandlungen der Heeres- und Marinekammer dem Reichstag zugänglich gemacht werden.

Bei dieser Gelegenheit noch ein Wunsch, den ich momentan nicht formulieren will. Aber ich bitte den Herrn Reichswissenschaftler um eine Äußerung, wie er sich dazu stellt. Wir wünschen, daß in Zukunft bei der

Beratung des Heeres- und Marineclaus aus Angehörige aus dem Unteroffiziers- und Mannschaftenstand als Regierungskommissäre hier zugezogen werden.

Wir haben durchaus ein Interesse daran, gelegentlich auch einmal einen Angehörigen des Mannschaftenstandes oder einen Unteroffizier zu hören, der Mitglied der Heereskammer ist, der die Verhältnisse kennt, an den man Fragen stellen kann. Wir nehmen an, daß selbstverständlich Mitglieder der Heereskammer dienstliche Nachteile nicht erwischen, selbst wenn sie dort Kritik üben.

Ich weise mit besonderem Ernst die Mitglieder der Zentrumspartei und der Demokratischen Partei auf den Vorstoß der Herren von der Rechten hin. Meine Herren, wenn Sie jetzt nachdem Sie im Ausschusse für die Einfügung des Wortes „Republik“ eingetreten sind, nachdem Sie gesehen haben, wie ganz offen zu monarchistischen Bestrebungen die Herren der Rechten sich gegen die „Republik“ wenden, wenn Sie jetzt umfallen würden, wäre das Uebel unendlich viel schlimmer, als wenn das Wort „Republik“ überhaupt nicht in den Entwurf hineingekommen worden wäre. Ich bitte Sie dringend, sich dieser Bedeutung bewußt zu sein;

die Ausmerzung des Wortes „Republik“ ist aus der Fassung würde draußen bei den republikanischen Massen als eine offenkundige Provokation empfunden werden.

Herr Kollege Brüninghaus hat versucht, den Artikel, den ich aus der Zeitschrift „Mittschiff“ zitierte, damit abzuschwächen, daß er sagte, es stehe darin: ein „politischer Unfinn“.

Gestatten Sie mir bitte nur zwei Schlusssätze zu sagen; dann möchte ich Sie bitten, das Urteil selbst zu fällen. Der Schluß dieses Artikels, der die Ehrhardt-Leute verherrlicht, lautet:

März 1920! Marineoffiziers! Ein politischer Unfinn, für die Marine ein Bagnis! Wer will den Marineoffizier scheitern, an dessen Herz der 9. November nagt, der bekennt: ob Recht oder Unrecht, ob glückt oder nicht: ich hab's gewagt!?

Das ist der Schluß. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Also, Herr Kollege Brüninghaus, die Sache ist doch ein ganz klein wenig anders, als Sie es dargestellt haben. Ich habe den Artikel genau gelesen, und wenn er ausgeklungen wäre „Ein politischer Unfinn“, dann hätte ich ihn nicht zur Sprache gebracht. Herr Abgeordneter Brüninghaus weiß wohl, daß ich der letzte bin, der an Offizieren lediglich aus irgendwelcher Artillust heraus Kritik übt. Wenn ich das hätte tun wollen, dann hätte ich während der fünf Kriegsjahre Material Berge hoch gehäuft. Wir hätten nur die nächsten Tausende sprechen lassen brauchen. Wir hätten ein Feuer anzünden können, das lebhaft gebrannt haben würde. Wir haben mit Rücksicht auf die Notlage des deutschen Volk, davon Abstand genommen. Ich verwahre mich gegen den Vorwurf, daß ich gegen irgend einen Stand in Deutschland voreingenommen bin.

Wenn aber ein Teil der Offiziere offen nationalistische und monarchistische Propaganda treiben, dann haben wir die Pflicht, das hier zur Sprache zu bringen. Wir wären nicht wert, Volksvertreter zu sein, wir wären nicht wert, von deutschen Arbeitern ins Parlament gewählt zu werden, wenn wir das nicht täten.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Damit verlasse ich diesen Teil und wende mich kurz dem zweiten Abschnitt des Entwurfs zu. Hier werden die beiden §§ 32 und 33 umfritten werden. Der erste Absatz des § 32 spricht aus, daß sich Soldaten politisch nicht betätigen dürfen. Innerhalb des Dienstbereichs ist eine politische Betätigung auch den Militärbeamten untersagt. Auch ich stehe auf dem Standpunkt, daß, wenn man ein Heer hat, eine politische, naturgemäß auch parteipolitische Tätigkeit innerhalb der Truppe und innerhalb des Dienstes nicht möglich ist. Die Truppe würde einfach zerfallen, und ich scheue mich nicht, zu sagen, es wäre schade um jeden Pfennig Geld, den man bewilligen würde für eine Truppe, in der es kommunistische Sektionen, U.S.P.-Sektionen, deutschnationale Sektionen, deutschvolksparteiliche Sektionen usw. geben und ein parteipolitischer Betrieb errichtet würde. Das ist unmöglich. Infolgedessen stehen wir auf dem Standpunkt, daß die politische und damit die parteipolitische Tätigkeit innerhalb der Armee, innerhalb des Dienstbereichs unmöglich gebildet werden kann.

Daß der Soldat aber eine politische Gesinnung haben darf, das ist ganz etwas anderes. Man kann sie ihm ohnehin nicht antauchen. Wir sind der Meinung, daß auf den Mannschaftenstufen auch über politische Dinge geredet wird. Das wird sich nicht vermeiden lassen, wenn man zwölf Jahre Dienst tun soll. Das ist noch lange keine parteipolitische Betätigung. Wir können daher dem Antrag der Herren von der Unabhängigen Partei, die ersten drei Absätze des § 32 zu streichen, nicht zustimmen, wünschen aber, daß der zweite Absatz des § 32, oder das Verbot der Teilnahme an politischen Versammlungen ausgesprochen, getrichen wird. Meine Herren, ich kann mir nicht gut vorstellen, daß es möglich ist, 12 Jahre lang Männern, die als Mannschaften oder als Unteroffiziere dienen, oder 25 Jahre lang Männern, die als Offiziere in der Reichswehr dienen, zu verbieten, an einer politischen Versammlung teilzunehmen.

In der Praxis würde die Sache doch so gehen, daß der Offizier, der privat und außerhalb der Kaserne wohnt, die Möglichkeit hat, Zivil anzuziehen und in die Versammlung zu gehen, in die er will. Der Mann kann das in der Regel nicht.

Zwar verlangt ein Antrag der Unabhängigen, dem ich durchaus zustimme, daß es auch den Mannschaften und den Unteroffizieren erlaubt sein muß, in Zivil anzuziehen, aber das hat für die Mannschaften eine ganz andere Schwierigkeit als für die Offiziere.

Wenn man nun das Verbot der Teilnahme an politischen Versammlungen beibehalten läßt, dann läuft es in der Praxis darauf hinaus, daß der Offizier in die Versammlung gehen kann und, wie heute die Dinge liegen, sicher auch zu einem großen Teil gehen wird, daß aber der Mann das in der Regel nicht kann. Das ist ein Unrecht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich bin auch der Meinung, daß es den Reichswehrsoldaten nichts schaden, im Gegenteil nur nützen kann, wenn sie die Möglichkeit haben, da und dort eine Versammlung zu besuchen, wo ein bekannter prominenter Redner aus irgend einer politischen Partei spricht, und wenn sie hören, was politische Parteien zu wichtigen Tagesfragen, zu großen wirtschaftlichen, politischen oder nationalen Fragen zu sagen haben.

Wir bitten Sie also, die Teilnahme an politischen Versammlungen gemäß unserem Antrag zu gestatten, also die Worte „und die Teilnahme an politischen Versammlungen“ in Absatz 2 des § 32 zu streichen.

Soviel über den politischen Teil. In Absatz 4 des § 32 wird dann bestimmt, daß die Angehörigen der Wehrmacht nach freier Wahl sich Zeitungen halten dürfen. Meine Herren, das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, und es ist tief bedauerlich, daß man es erst in einem Gesetz aussprechen muß. Aber ich kann darin dem Herrn Reichswissenschaftler recht geben, daß er unter besonderen Umständen doch die Möglichkeit haben muß, gegebenenfalls eine Zeitung zu verbieten. (Zuruf des Reichswissenschaftlers Dr. Gehler: Zum Beispiel das „Mittschiff“!) — Ich wollte auch darauf verweisen. — Der Herr Reichswissenschaftler hat ganz recht, wenn er sagt, bei Ausdrückungen wird er angegriffen; und mit Recht werden wir uns dann an ihn. Wir haben starke nationalistische Bestrebungen. Auch da muß die Möglichkeit bestehen, einzugreifen. Beim militärischen Betrieb — das geht nicht anders; das muß man zugeben, wenn man militärische Dinge kennt — muß bis zu einem gewissen Grade und unter bestimmten Umständen die Willkürlichkeit bestehen, daß eingegriffen werden kann. Gegen früher sind wir im Reichstag insofern heute im Vorteil, als wir den jeweiligen Reichswissenschaftler ganz anders ansprechen können als früher den Kriegsminister. Der frühere Kriegsminister ist vom Kaiser ernannt worden. Der Reichstag hatte auf seine Ernennung gar keinen Einfluß. Der der Kaiser zum Kriegsminister machte, das hing von seiner Laune ab, und damit war die Sache erledigt. Heute aber hängt jeder Minister vom Ratum des Reichstags ab; und ein Reichstag, der glaubt, daß ein Wehrminister Verfügungen über Zeitungsverbote erlassen hat, die er nicht billigen kann, hat die Möglichkeit, einen solchen Minister zu bestreiten. Welt diese Möglichkeit besteht, müssen wir einem solchen parlamentarischen Minister, der viel stärker zur Verantwortung gezogen werden kann, auch die Möglichkeit geben, gegen Ungehörigkeiten einzugreifen, die sich in der Truppe bemerkbar machen.

Wichtig ist der § 33. Ich fasse mich kurz und verweise auf den ausführlichen, recht instruktiven schriftlichen Bericht. Es betrifft dies den Reaktionsparagrafen. Die jetzige Fassung

des § 33 besagt, daß nicht politischen Vereinen die Soldaten angeschlossen dürfen, sofern nicht die Angehörigen zu einem solchen Verein aus Gründen der militärischen Zucht und Ordnung verboten wird. Ich gebe ohne weiteres zu, daß auch die Möglichkeit vorhanden sein muß, nachherenfalls aus wichtigen dienstlichen Gründen ein Verbot auszusprechen. Der Reichstag wird scharf darauf acht zu geben haben, wenn ein Reichswehrminister oder ein diesem unterstellter Truppenkommandeur Verbote erläßt, die mit dem Geist und dem Sinn des Gesetzes im Widerspruch stehen. Meine Fraktion hat den Antrag gestellt, den § 33 in der auf Druckfache 1888 vorliegenden Fassung anzunehmen.

Wir gehen da mit dem Reichswirtschaftsverband der deutschen Berufsdaten. Dieser Verband hat eine ähnliche Auffassung in einer Entschließung niedergelegt, und es ist ganz interessant, daß er in einer Begründung zu der Fassung dieses § 33 erklärt, daß auch der parlamentarische Reichswehrminister die Möglichkeit haben muß, den Angehörigen der Wehrmacht die Zugehörigkeit zu Verbänden, deren Tätigkeit den Erfordernissen der militärischen Zucht und Ordnung zuwiderlaufen, zu verbieten. Der Verband weist auch auf die höhere Verantwortlichkeit eines jeglichen Wehrministers gegenüber früher hin und ist aus diesen Gründen, weil ein Soldat durch das Parlament gegeben ist, dafür, daß unter Umständen eine Handhabe vorhanden ist, gegen einen Verein einzuschreiten, wenn die militärische Ordnung, der militärische Dienstbetrieb usw. gefährdet würde. Wir können daher dem Antrage der Herren Unabhängigen aus den vier und schon in der Kommission dargelegten Gründen nicht zustimmen.

Bei dieser Gelegenheit muß ich einige Fragen an den Herrn Reichswehrminister richten. Die Verhandlungen im Ausschuss und eine Reihe anderer Vorgänge legen den Verdacht nahe, daß man im Reichswehrministerium starke Reibung hat, vielleicht auch schon die feste Absicht, dem Reichswirtschaftsverbande deutsche Berufsdaten aus Leben zu gehen und ihn tot zu machen, ihr aber vielleicht unter der einen Voraussetzung leben zu lassen, wenn in der Leitung des Reichswirtschaftsverbandes ein Wechsel eintreten würde. Ich darf einmal den Herrn Reichswehrminister fragen, ob nicht in den letzten Tagen Konferenzen stattgefunden haben, an denen, glaube ich, der Herr Reichswehrminister, der General v. Seekt und der Major v. Scheider beteiligt waren, und wo über den A. d. V. gesprochen wurde. — (Reichswehrminister Dr. Gessler: Ueberhaupt keine Konferenz.) — Keine Konferenz! Ich nehme ausdrücklich davon Notiz, daß der Herr Reichswehrminister sagt, es haben keine Konferenzen stattgefunden. Ich nehme deshalb davon Notiz, damit es ins Stenogramm hineinkommt. (Reichswehrminister Dr. Gessler: Das heißt, vielleicht darf ich einen Zwischenruf machen: Selbstverständlich habe ich täglich Konferenzen mit dem General v. Seekt und den Referenten des Ministeriums; aber über den Reichswirtschaftsverband ist nicht gesprochen worden!) — Na, schön, sagen wir: dann ist gesprochen worden über die Organisation in Verbindung mit dem § 33. (Reichswehrminister Dr. Gessler: Nein, über andere militärische Fragen!)

Meine Herren, ich wiederhole: ich habe die Ueberzeugung, daß gegen den Reichswirtschaftsverband, den man im Reichswehrministerium nicht sieht, vielleicht auch andere Verbände nicht, zweifellos etwas geplant ist, und daß man im Reichswehrministerium der Meinung ist, im A. d. V. bestünden zwei Richtungen, eine mehr gemäßigte und eine mehr radikale. Als ich jetzt näher den Dingen auf den Grund gegangen bin, ist mir aufgefallen, daß der Herr Reichswehrminister im Ausschuss dem ersten Vorsitzenden des A. d. V. ganz unermittelt ein hohes Lob ausgesprochen hat. (Reichswehrminister Dr. Gessler: Schon vor drei Wochen hier im Ausschuss!) Später habe ich dann gehört, daß der Herr Reichswehrminister die Demokratische Partei ist. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) — Reichswehrminister Dr. Gessler: Das höre ich heute zum ersten Male! — Heilerfeld: Ich habe es auch erst vor zwei Tagen gehört. Nebenfalls will ich es wenigstens feststellen; denn die Sache ist so, daß man, wenn man mit den Militärs Debatten zu pflegen hat, stets mit einigen Vorbehalten im Hinblick auf künftige Debatten sprechen muß. Ich will also darauf hingewiesen haben, daß die starke Annäherung, die nach meiner festen Ueberzeugung bei bestimmten Stellen im Reichswehrministerium gegen den A. d. V. vorhanden ist, vermutlich auch praktische Wirkungen haben wird. Ich will auch heute der Öffentlichkeit gegenüber, vor allen Dingen mit Rücksicht auf die vielen Mitglieder des A. d. V., darauf hinweisen, daß, wie ich zu wissen glaube, im Reichswehrministerium Bestrebungen vorhanden sind, die Fachgruppe „Reichswehr“, also die Reichswehrangehörigen, mit der Fachgruppe des A. d. V., des Deutschen Offiziersbundes, in eine Organisation, vielleicht mit verschiedenen Sektionen (Offiziere, Unteroffiziere, Mannschaften) zusammenzubringen, vor allen Dingen aber die aktiven von den inaktiven Unteroffizieren zu trennen. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Man will die Organisation von ihrem sogenannten Schwanz trennen, das heißt von den Mitgliedern des A. d. V., die nicht mehr aktiv sind.

Es wäre verlockend, auch darauf hinzuweisen, wie man im Reichswehrministerium bei aller Ablehnung gegen den A. d. V. an manchen Stellen sehr große Uneinigkeit zu anderen Organisationen hat, zum Beispiel zu der Organisation „Der brave Soldat“, die in Braunschwieg ihren Sitz hat und für die sich der Herr Reichswehrminister die Neuville, der im Reichswehrministerium sitzt, sehr interessiert. Da hat am 28. Februar in der Kaserne in Altwievering in Braunschwieg eine Versammlung stattgefunden, an der auch Jugendliche teilnahmen; ferner eine Anzahl von Offizieren, der Leiter des dortigen Selbstschutzes, General Stadiow, der Kommandeur des Reichswehr-Infanterieregiments 17 usw. In dieser Versammlung des „Braven Soldaten“ hat der Vorsitzende, ein inaktiver General, in der Ansprache erklärt, daß er auf die Ziele und Zwecke des Verbandes nicht näher einzugehen brauche, da diese ja allen geprüften Mitgliedern bekannt sei.

Der Wert der Organisation würde demnach erprobt. Der Vortragende, der sich unter dem Namen eines Sigarenrennenden Eppinger in die Versammlung begeben hatte, in Wahrheit aber ein bayerischer Offizier namens Ettinger ist und in Augsburg wohnt, meinte am Schluß:

„Auf Wiedersehen im April oder Mai!“

Aus der Versammlung wurde dann gefragt:

„Warum nicht im März?“

Daraufhin die Antwort:

„Weil sich auch schon im März, je nachdem es die Lage erfordert!“

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Daß der Herr Reichswehrminister die Neuville, der im Reichswehrministerium Dienst tut, sich sehr stark für diesen Verein interessiert, könnte ich dem Herrn Reichswehrminister an der nächsten Wiedergabe eines Telephonats beweisen, das aber nicht, wie vielleicht der Herr Minister glaubt, erprobt worden ist. (Zu dem Minister: Ich bin genau in der Sache informiert!) Ich habe mich heute telephonisch darüber orientiert und festgestellt, ob unter Telefonnummer 8500 auch sofort Reichswehrminister die Neuville zu erreichen ist.

Wir sind nun der Meinung, daß es ein grundverfehlter Standpunkt ist, wenn man im Reichswehrministerium die verschiedenen Organisationen der Reichswehrangehörigen nicht so wohlwollend wie nur irgendmöglich behandelt.

Unter der Kurzfristigkeit der führenden Herren im Reich hat das deutsche Heer außerordentlich gelitten.

Ich habe wiederholt schon während des Krieges und später an dieser Stelle darauf hingewiesen:

Hätten die Generale, hätte die deutsche Oberste Heeresleitung auch nur einen Funken Verständnis für den deutschen Soldaten und seine irdische Stimmung gehabt, denn wäre manches anders gekommen, als es dann in der furchtbaren Katastrophe geschehen ist.

Nicht, meine Herren, scheint auch die Berufsfrage unter der Berufsfrage des Kammerdienstoffes betrachtet zu werden. General v. Seekt will eine Organisation haben, weil er sieht: man kann die Leute nicht 12 Jahre in die Kaserne hineinverpacken, ohne ihnen eine gewisse Berufsinteressenvertretung zu geben. Aber

er will eine Organisation haben, der gegenüber er in genehmen Stunden kommandieren kann: „Stillgestanden! Augen rechts!“ Dann läßt er sie stehen bis heute müde ist und dann erst kommt das Kommando: „Augen gerade aus! Rückt euch!“

So ist die Auffassung, meine Herren, aber mit solchen Organisationen werden Sie in der Reichswehr keine Verhöhnungen schaffen. (Sehr richtig!)

Warum lernen denn nicht endlich die Militärs aus dem Furchtbaren, was wir erlebt haben?

Warum lernen sie nicht, daß, wenn sie den Männern eine gewisse Freiheit geben, viel leichter mit ihnen zu arbeiten ist? Die Organisation des A. d. V., die so scharf angegriffen werden ist, steht selbst auf dem Standpunkt: politische Betätigung im parteipolitischen Sinne darf nicht sein. Sie selbst erklärt immer: es muß bei der Truppe Disziplin und Ordnung herrschen, aber es muß unter Kommanden die Möglichkeit gegeben werden, daß sie in Freiheit umhanteln und, die beruflichen Interessen zu vertreten. (Sehr richtig.)

Wenn das die Herren im Reichswehrministerium ein ganz klein bißchen besser verstehen, wenn sie endlich lernen würden, in die Hände des Soldaten zu legen, was sie leider bisher nicht gelernt haben, würden wir um viele Schwierigkeiten herumkommen und brauchten uns nicht um so viele Paragraphen herumzustricken, wie wir es gegenwärtig tun müssen.

Es wäre gut, wenn der Herr Reichswehrminister darauf bringen würde, daß nicht nur der Chef der Marineleitung, der sowohl in der Kommission wie im Plenum immer da ist, sondern auch Herr v. Seekt bekommen würde. Es könnte Herrn v. Seekt nicht schaden, wenn er auch mal ins Parlament käme und hier hörte, wie die Dinge stehen. Aber er schneidet das Parlament mit derselben Schwärze, wie er es früher in der alten Kaiserlichen Armee bei den Herren erlebt haben.

Ich beschränke mich mit Rücksicht auf die Geschäftslage auf diese Darlegungen.

Badische Politik

Sozialismus und Zwangswirtschaft

Der „Bad. Beobachter“ hält es für angebracht, in einem Artikel gegen die Zwangswirtschaft, die der Sozialdemokratie in die Schuhe zu schieben. Wir sehen uns jedoch gegenwärtig, dieses Geschehen dankend abzuwehren. Die Zwangswirtschaft ist, wie auch der „Badische Beobachter“ wissen dürfte, von der alten kaiserlichen Regierung eingeführt und aufgebaut worden, und zwar mit Recht, weil angeht der Unmöglichkeit, vom Ausland Bedarfsmittel herinzubekommen, dies der einzige Weg war, die minderbemittelte Bevölkerung vom Verhungern zu retten. Dieser Zustand galt während des Krieges und gilt in der Zeit des Mißverhältnisses von Inland- und Auslandpreisen, großenteils herbeigeführt durch die Valutamisere. Mit Sozialismus hat die Zwangswirtschaft nichts zu tun. Sie ist einzig und allein ein faktisches Auslungsmittel des Staates im Rahmen der kapitalistischen Privatwirtschaft, von dem auch das Zentrum wie die anderen Parteien, im Interesse der Volksernährung, gerne Gebrauch machen und wo noch nötig, machen.

Der Arbeitsminister und die Redarkanalisation

In der Mannheimer Presse aller Parteirichtungen wurde in den letzten Tagen eine, offenbar aus Würtemberg inspirierte Zeitungsnachricht kolportiert, wonach die badische Regierung und besonders der neue Arbeitsminister in der Redarkanalisation einen dem bisherigen Vorhaben entgegengesetzten Standpunkt einnehmen.

Auf Grund eingegangener Erklärungen können wir feststellen: Die Nachrichten sind irreführend, bewußt oder unbewußt, sei dahingestellt. Erst in den letzten Tagen haben Verhandlungen stattgefunden, die zwar noch zu keinem positiven Ergebnis geführt haben, aber doch einen wesentlichen Teil der Differenzpunkte, die zwischen Würtemberg und Baden bestanden, beseitigt haben. Daß jetzt am Schluß der Verhandlungen sich die Gegenseite etwas härter herausgeschälen als am Anfang, was nur allgemein über die verschiedenen Fragen verhandelt wurde, ist ganz erklärlich. Es ist selbstverständlich Pflicht der badischen Regierung, die badischen Interessen mit der gleichen Energie und Fähigkeit zu vertreten, wie es die andere Seite tut. Es wäre zu wünschen, wenn badische Mitarbeiter in Zukunft die Vertretung württembergischer Interessen den Württembergern überließen.

Interessante Feststellungen

Die „Badische Post“ in Heidelberg, ein Organ der deutsch-liberalen Volkspartei, steht zurzeit in einer kleinen Kulturkampfdebatte gegen das Zentrum, weil der Zunsbruder Mitarbeiter des „Bad. Beobachter“ geschrieben hätte, „es solle offen und dankbar anerkannt werden, daß einzelne sozialdemokratische Minister bezüglich der Wiedereinführung der Klöster mehr Verständnis und Entgegenkommen gezeigt hätten, als z. B. die Könige von Würtemberg und die Großherzöge von Baden.“

Gegen die hierauf erfolgenden scharfen Angriffe des deutsch-liberalen Blattes gibt nun der „Badische Beobachter“, nachdem er betont hatte, daß es sehr richtig die Leute der national-liberalen Richtung waren, die im Jahre 1848 die Hauptträger der Reaktion waren, folgende Erklärung ab:

„Was die badischen Katholiken, soweit sie sich zur Freiheit ihrer Kirche bekennen, über die Nichtzulassung von Klösterlöstern dachten, solange der Großherzog an der Spitze des Staates stand, daran haben wir nie einen Zweifel gelassen. Das haben unsere früheren hundertmal ausgesprochen. Ebenso oft wurde früher mit Bedauern hervorgerufen, daß die national-liberale kulturkämpferische Richtung in Baden, in deren Vornam auch Großherzog Friedrich I. bis zu einem gewissen Grad war — wenn er auch dann und wann deren Winkelzüge etwas zu paralisieren suchte — bezüglich der Stellungnahme zu kirchlichen Freiheitsfragen von der Sozialdemokratie beschämt werde, die hierin weit freierlicher denke als der gewalttätige und blinde Nationalliberalismus.“

Wir nehmen von dieser Feststellung gerne Kenntnis, die übrigens gleichzeitig eine treffliche Wertung der „Süd-deutschen Zeitung“ darstellt, die so gerne der Sozial-

demokratie der Kulturkampfsneigungen verdächtigt, trotzdem die deutsch-nationale Partei sich rühmen darf, zahlreiche Blüten des „kulturellen Naturalismus“ aufgezogen zu haben.

Das Ende einer unabhängigen Pressegründung
— Unter den amtlichen Bekanntmachungen im Inseratenteil der „Karlsruher Zeitung“ (Nr. 78 vom 30. März) finden wir die folgende:

„In der Generalversammlung am 18. März d. J. wurde einstimmig beschlossen, die Genossenschaft auf 1. Januar 1922 aufzulösen. Als Liquidatoren wurden die Herren Franz Hoffmann und Peter Haberer in Offenburg gewählt. Etwaige Forderungen sind bis zum 1. Juli d. J. anzumelden. Oberbadische Verlags- und Druckerei-Genossenschaft, E. G. m. b. H., Sitz Offenburg: Franz Hoffmann, Peter Haberer.“

Es handelt sich hier um das Presseunternehmen, das im Jahre 1919 von den Unabhängigen des badischen Mittel- und Oberlandes an dem Zweck gegründet worden war, in Offenburg eine eigene Zeitung herauszugeben. Dem dafür in Aussicht genommenen Bruder und Verleger hätte die Sache jedoch offenbar von vornherein nicht geneuert, und die finanzielle Garantien, die ihm seine Partei für das Risiko der Unternehmung zu bieten vermochte, genühten ihm allem Anschein nach, um dem politischen Opferwillen, aber die persönliche Verzicht den Sieg zu sichern. Die weitere Entwicklung der U.S.P. in Baden und im Reich gab ihm recht: heute vermag die Partei selbst das einzige Presseorgan, das sie in Südwestdeutschland noch besitzen, kaum mehr zu halten, und das Offenburg Presseblatt mußte deshalb eines wenig rühmlichen Todes sterben, noch bevor es das Licht dieser wandelbaren Welt erblickt hatte. Es ruhe in Frieden!

Aus dem Lande

Spiesberg, 5. April. Ein schwerer Unglücksfall mit Todesfolge ereignete sich am letzten Sonntag. Ein in Eilingen wohnhafter Zimmermann fuhr mit seinem Rade den Abhang Spiesberg-Neurod herunter, konnte anscheinend nicht mehr Herr des Rades werden und stürzte auf die Schienen der Albtalbahn. Er wurde von Passanten tot aufgefunden.

Schorchingen, 4. April. Diebstahl. Am frühen Morgen des 28. März wurden auf der Landstraße von Schorchingen nach der Rheinau von einem Fußweil mehrere Räder mit über 18000 Stück Zigaretten im Werte von 12000 M. gestohlen. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Konstanz, 3. April. Vor einem Kraftwagen schaute ein Pferd eines hiesigen Fuhrwerksbesizers, auf dem ein Knecht ritt. Der Wagen hielt sofort an. Bei dem Versuche, das Tier vorwärts zu bringen, ging das Pferd durch und schleifte seinen Reiter mit sich. Der Kraftwagen brachte den Schwerverletzten ins Krankenhaus, wo der Knecht verstorben ist.

Karlsruhe, 2. April. Der Bürgerbund schreibt uns: Kommerzienrat Schuler, der Richter von Schloß Bürgeln, hat gegenüber dem Bürgerbund die Verpflichtung übernommen, das Schloß unter Wahrung seiner Eigenart auszubauen und nach Fertigstellung seine Lebenswürdigkeiten unter gewissen Beschränkungen der Allgemeinheit zugänglich zu machen. Die Bauarbeiten schreiten rüstig vorwärts und werden sich in nächster Zeit auch auf das Wirtschaftsgebäude und die Terrassen erstrecken, so daß das gesamte Anwesen einschließlich der Gastwirtschaft bis auf weiteres geschlossen werden muß.

Messbach, 4. April. Die beiden amerikanischen Detektive Raef und Zimmer sind am Samstag nachmittag 5 Uhr nach Mannheim und von da über die Rheinbrücke ins besetzte Gebiet gebracht worden. Bis Mannheim waren ihnen zwei deutsche Begleiter beigegeben.

Eberbach, 2. April. In Heilbronn ist ein junger Mann von hier wegen Salbarianschiebung verhaftet worden. Ein Kriminalbeamter hatte sich dem Schieber gegenüber als Käufer von Salbarian ausgegeben und auf diese Weise gelang es, dem Schieber zu verhaften.

Verkehrsberren. Die Annahme von Langholzsendungen nach den Stationen der Albtalbahn ist bis einschließlich 15. April gesperrt. Nach diesem Zeitpunkt wird von jeder Fernstation wöchentlich nur eine Langholzsendung zur Beförderung angenommen werden. Von der Sperrung ausgenommen sind Sendungen nach den vollspurig bebauten Stationen Wulfsbach, Eilingen-Golzhof und Ehenrot.

Die Freilassung der amerikanischen Kriminalbeamten

Nachdem der Kommandierende General der amerikanischen Streitkräfte in Koblenz durch Vermittlung des Reichskommissars für die besetzten rheinischen Gebiete die Begnadigung der durch die Mosbacher Strafammer wegen des Eberbacher Ueberfalls verurteilten beiden amerikanischen Kriminalbeamten Raef und Zimmer angeregt hatte, hat nach Benehmen mit dem auswärtigen Amt in Berlin und nach Beratung im badischen Staatsministerium der Staatspräsident in seiner Eigenschaft als Justizminister den Strafausschuss auf Freilassen der beiden Amerikaner beschloß, was bei dem Ueberfall durch einen Schuß erheblich verletzte Mädchen in angemessener Weise von amerikanischer Seite entschädigt wird, und daß die beiden Deutsch-Amerikaner Bezzhof und Stecher im unbesetzten deutschen Gebiet unbehelligt bleiben. Die Freilassung der genannten Kriminalbeamten ist am Samstag erfolgt. Die Freilassung der beiden Amerikaner ist, wie in der amtlichen Mitteilung darüber betont wird, als ein Akt des Entgegenkommens gegenüber Amerika aufzufassen.

Großfeuer im Schwarzwald

SW. Sunthausen (Amt Donaueschingen), 4. April. Heute nachmittag 2 Uhr brach in dem Anwesen des Karl Münzer Großfeuer aus, verursacht durch zwei Schulkinder, die hinter dem Hause „Feuerles“ spielten. Die Feuerwehren aus der Umgegend waren alsbald zur Stelle; doch griff das verheerende Element infolge des herrschenden Wassermangels schnell um sich. Um 4 Uhr nachmittags konnte der Brand lokalisiert werden. Zerstört sind über 80 Häuser, darunter das Rathaus, das Schulhaus, das Gasthaus zum „Hirschen“ und die das Gasthaus zur „Krone“ umgebenden Häuser. Die „Krone“ selbst blieb wunderbarerweise verschont. Viele Familien sind obdachlos. Vieh und Schweine springen auf dem Felde herum. Menschenleben scheinen nicht zu beklagen zu sein. Die schwergeprüfte Gemeinde Sunthausen wurde letztmals im Jahre 1908, bald nach der Katastrophe von Donaueschingen, durch einen größeren Brand heimgesucht. Damals fielen 12 Häuser und die Kirche den Flammen zum Opfer. Die Gemeinde Sunthausen, die ungefähr 4 Wegstunden von Donaueschingen entfernt ist, zählt etwas über 500 Einwohner.

Tuch-Ausstellung
in 5 Schaufenstern mit Preisangabe ab 1. April
Wilh. Wolf jr.
Kaiserstrasse Nr. 82a Ecke Lamstrasse.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 5. April

Geschichtskalender

5. März, 1794 Lanton guillotiniert, — 1785 Friede zu Basel zwischen Frankreich und Preußen. — 1846 Der Schriftsteller Michael Georg Conrad zu Gnodstadt.

Karlsruher Parteinachrichten

Morgen abend Vertrauensmänner-Versammlung! Morgen Mittwoch abend 7/8 Uhr findet im „Auerhahn“ eine Vertrauensmänner-Versammlung statt. Wen. Stadtrat Dr. Kullmann wird einen Vortrag halten über „Die neue Mietzinsfestsetzung nach dem Mehrheitsbeschluss des Stadtrats“. Es wird um zahlreiche Erscheinungen der Vertrauensleute ersucht. Legitimationskarte ist anzubringen.

Schulentlassungsfeier des Vereins Arbeiter-Jugend Karlsruhe

Der Verein Arbeiterjugend Karlsruhe lädt seine Mitglieder, Freunde und Anhänger sowie die Parteigenossen und Parteigenossinnen zu seiner nächsten Sonntag nachmittags 1/4 Uhr im Saale des Gemeindehauses der Weststadt, Blücherstr. 20, stattfindenden Schulentlassungsfeier ein. Wie alljährlich, so wird auch dieses Jahr die Arbeiter-Jugend ihren Gästen ein gediegenes, künstlerisch wertvolles Programm darbieten. Als Mitwirkende sind gewonnen das Streichquartett des Musikvereins „Germania“ und eine Abteilung des Gesangvereins „Cassalia“, beides Namen, die in Karlsruhe einen guten Klang haben und die auch am Sonntag wieder Bestes vom Besten bringen werden. Einige Mitglieder der Arbeiterjugend werden mit Vorträgen erster und zweiter Art den deklamatorischen Teil der Feier bestreiten. Die Festrede hält in diesem Jahr unser Genosse Abg. L. Müller, ein alter und treuer Freund der Arbeiterjugend. Die Arbeiterjugend hofft, daß die Mitglieder der Partei, Genossen und Genossinnen, die Arbeiterleiter und vor allem auch die Schulentlassenen sich in großer Zahl einfinden werden, um mit ihr einige frohe, feierliche Stunden zu verleihen. Der Eintrittspreis beträgt einschließlich Steuer 15 s. Programme, die zum Eintritt berechneten, sind zu haben in der Volksbuchhandlung Adlerstraße und in der Expedition des „Volksfreunde“.

Was macht man Sensation?

Obige Frage bemüht sich die „Süddeutsche Morgenzeitung“ in einer etwas eigentümlichen Weise zu lösen. In überdeutlicher Wertung anderslautender Tatsachen überschreibt im Blattschrift das Blatt:

Neues Aufflammen der Kommunistenbewegung. — Kriegserklärung an Ungarn?

Selbstverständlich laufen die Dummheiten darauf los, daß, ob allerdings dann rasch zu merken, wie sehr sie hereinfielen. Ob aber selbst diese Renitenz sich zum zweiten Mal an der Nase herumführen läßt?

Ausstellung der Gesellenstube. Am Sonntag wurde die Ausstellung der Gesellenstube aus der Gesellenprüfung im Handwerkskammerbezirk Karlsruhe in der Landesgewerbehalle eröffnet. Der Besuch der Ausstellung war sehr zahlreich. Ausgestellt sind 448 Gesellenstücke aus 32 verschiedenen Berufsgruppen. Der Präsident der Handwerkskammer, Reichstagsabgeordneter J. F. M. A. begrüßte in seiner Eröffnungsrede die Vertreter der Ministerien und der übrigen Behörden, ferner zahlreiche Interessenten.

Der Spielautomat „Bajazzo“ verboten. Nachdem durch mehrere Strafkammerurteile der Spielautomat „Bajazzo“ als Glücksspiel erklärt und verboten worden ist, hat das Ministerium des Innern durch Erlaß an die Bezugsämter die Entfernung dieser Automaten aus den Wirtschaften angeordnet. M. Spiritismus, Okkultismus, Suggestion. Auf Veranlassung der Ortsgruppe Karlsruhe des Deutschen Reichsbundes sprach Herr Pastor Felben am Montag abend über obiges Thema. Herr Felben ist ein raderender Redner und versteht seine Hörer zu fesseln. Seine Ausführungen enthielten ein getreues Spiegelbild des Okkultismus. Er gab, unter Ablehnung aller Geistes- und Wunderglaubens, der Ueberzeugung Ausdruck, daß überall und alles in der Welt nur mit natürlichen Dingen zugebe und manches Unbegreifliche sich allmählich dem denkenden und forschenden Menschen erschließen werde. Vängere Ausführungen widmete der Redner dem Spiritismus und den verschiedenen Arten der Suggestion und der Hypnose und erzielte den lebhaftesten Beifall der zahlreichen Zuhörer.

Schlechte Aprilscherze. Ein guter Aprilscherz wird immer ein beifälliges Publikum finden, wenn er etwas Geist und Witze aufweist. Jedoch der größte Teil der Aprilscherze entspricht letzteren Anforderungen nicht, sondern sind nur darauf gerichtet, „guten Freunden“ Unannehmlichkeiten, ja sogar oft Schäden zuzufügen. So glaubten einige einen Aprilscherz darin zu finden, daß sie am 1. April Inserate in unserer Blatte ausgaben, in welchen angegeigt wurde, daß im Preisvergeschäft Schulz in der Schützenstraße das Kaiserreich nur noch 50 s kostet und bei der Eierhandlung Reichert in der Schützenstraße Eier für 1,20 das Stück abzugeben werden. Diese Inserate wurden, wie uns die Inhaber der beiden Geschäfte mitteilen, fälschlicherweise aufgegeben, die natürlich jeder tatsächlichen Unterlage entbehren.

Anfang. Am Samstag vormittag wurde am Feuerwache der Sofienstraße 78 mutwilligerweise eine Scheibe eingeschlagen und die Feuerwache unnötig alarmiert. Der Täter konnte noch nicht ermittelt werden.

Diebstähle. In der Nacht vom Freitag auf Samstag wurden an mehreren Häusern der Weststadt durch unbekannte Täter die Kassettenplatten der elektrischen Klingelleitung aus Messing entwendet.

Daxlanden. Eine derjenigen städtischen Einrichtungen, über die am meisten geklagt wird, ist unstreitbar das Wohnungsamt. Wir wollen über die Beamten, welche im Stadteil Daxlanden die Wohnungspflege ausüben, nicht den Stab brechen, denn wo keine Wohnungen frei sind, können sie selbst auch keine beschaffen. Aber die Wohnungen, die freigegeben werden könnten, sollte man unbedingt freimachen und nicht mit allerhand Ausreden kommen. Wie kann es denn möglich sein, daß eine zwangsweise Ausmietung schon wochenlang ausgesprochen ist und bis heute noch nicht vollzogen wurde? Zum bloßen Feststellen, daß da oder dort jemand wohnt, wo ausziehen könnte, dazu braucht eigentlich die Stadt kein Geld ausgeben. Am uns aber nicht dem Vorwurf auszuweichen, daß wir unberechtigte Angriffe gegen das Wohnungsamt machen, wollen wir einige Beispiele anführen: Im Mai vorigen Jahres wurden hier 3 Häuser verkauft, der Käufer des einen Kaufes, ein junges Ehepaar ohne Kinder, konnte schon im Sommer einziehen, die beiden anderen warten heute noch bis sie einzuziehen können. Wir wollen nicht beschreiben, daß es aber auch an der Bodenlosigkeit vieler Hausbesitzer liegt, daß es mit der Beschaffung von Wohnungen so große Schwierigkeiten hat.

Küppert. Im Eichhornsaal war auf Veranlassung der sozialdemokratischen Partei die Küppert Kinderchar um den Gen. Mich. Raube versammelt, um sich von ihm an Hand

seiner herrlichen bunten Vektor, der durch Deutschland führen zu lassen. Die herrlichsten Denkmäler alter und jüngerer Baukunst und Straßenbilder der verschiedensten Städte Deutschlands hat er ihnen gezeigt und darüber angenehm unterhaltend zu den Kindern geplaudert. Unvergesslich bleibt dieser Nachmittag den Kindern aber vor allem wegen des 2. Teils der Unterhaltung. Wer so schön und an der Hand so herrlicher Vektorbilder den Kindern Märchen erzählen kann, braucht sich nicht wundern, wenn die Kinder nach jedem erzählten Märchen still sitzen bleiben und auf eine weitere Erzählung warten. Am Abend sprach Gen. Raube vor einer sehr gut besuchten Versammlung Erwachsener über die Entdeckung der Steinbohle und dessen Einrichtungen vor. Der reiche Beifall, der den Vorträgen folgte, bewies, daß Gen. Raube seine Aufgabe glänzend löste.

Landtheater. Der herrliche Tenor Herr Walter Jarek feht sein Gastspiel heute Dienstag als Belmonte in Mozarts „Entführung aus dem Serail“ fort. Außerdem gelangt am Freitag, den 8. April, „Violetta“ (La Traviata) zur Wiederholung. Für Sonntag, den 10., ist eine Aufführung von „Alberic“ in Aussicht genommen.

Die Wiederholung des Konzerts der Lieberhalle am Mittwoch, den 6. April, abends 7 1/2 Uhr, bringt, da es sich um erste klassige Musik handelt und erste künstlerische Kräfte aufgetreten sind, wertvolle Genüsse. Der nachträgliche Zweck — die Veranstaltung findet zugunsten der Jugendhilfe statt — sollte die breite Öffentlichkeit veranlassen, das eble Werk zu unterstützen. Karten sind im Vorverkauf bei Müller und Doert zu haben.

Die Galerie Woss, Kaiserstraße 187, zeigt in ihrer April-Ausstellung eine Kollektion expressionistischer Gemälde von Adolf Meißner, ferner neue Werke von A. R. Grether, A. Haug, W. Hüfner, C. Imboden und Adolf Lutz. Neue Graphik ist ausgeführt von Altmeister Hans Thoma und Ferdinand Böhr, sowie von E. Schild. Die Ausstellung ist jetzt wieder täglich von 10-6 Uhr geöffnet (Sonntags 11-1).

Badische Kunsthalle. Die gegenwärtigen Sonderausstellungen der Badischen Kunsthalle (Werke der Nazarener, Schirmer, bad. Künstler des 19. Jahrhunderts) sind nur noch bis einschließlich Sonntag, den 10. April, zu den üblichen Zeiten (11-1 und 3-5 Uhr) geöffnet, da dann die Räume zur Vorbereitung einer neuen Ausstellung benötigt werden.

Schwerer Diebstahl. In der Zeit vom 18. März bis 2. April wurden aus einer Wohnung in der neuen Bahnhofstraße, deren Inhaber verreist waren, verschiedene Schmuckgegenstände, silberne Büffel, Gabeln, Beintücher, Bettbezüge, Damenkleider, Stoffe, darunter 25 Meter weißer Hemdenstoff, 7 Meter dunkelblauer Cheviotstoff, 3 Meter brauner Wollstoff, ein halbes Duzend weiße Tischdecken, 1 großes weißes Damasttischstuch und Kaffeetische in Werte von 19000 M von unbekanntem Täter entwendet. Das Silber und die Wäsche ist mit den Buchstaben J. D., E. W., G. D., S. D., E. D. und E. J. gezeichnet.

Valuta-Bericht vom 5. April

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 9,82 Gs. Auszahlung Holland notierte 21,85 M per hfl. Auszahlung Schweiz notierte 10,71 M per schw. Fr. Auszahlung England notierte 24,8 M per hfl. Sterl. Auszahlung Frankreich notierte 4,87 M per fr. Fr. Auszahlung Newyork notierte 61,63 M per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 5. April 1921

Beim Vorübergang der Luftdruckkurve über Deutschland bildete sich im Laufe des gestrigen Tages ein Teufel, das vorübergehend in unserem Gebiet Trübung und örtliche Gewitter mit Regenfall brachte. Heute steht das westliche Hochdruckgebiet wieder vor und bringt Aufkeimerung. Voraussichtliche Witterung bis Mittwoch nacht: Meist heiter, trocken, kühl, nördliche Winde.

Wasserstand des Rheins

Schiffersinsel 25, gef. 20; Reßl 120, gef. 5; Maxau 261, gef. 8; Mannheim 189, gef. 5 Zentimeter.

Die neuen Postgebühren

Table with 2 columns: Aufschneiden! and Aufbewahren! listing postal fees for various services like Postkarten, Briefe, Drucksaften, etc.

Beste Nachrichten

Karl will nicht abreisen

Ultimatum an Ungarn

Wien, 5. April. Die heutigen Morgenblätter melden aus Ungarn, daß Karl Gabsburg sich fortgesetzt weigert, Ungarn zu verlassen. Der heutigen Sitzung der ungarischen Nationalversammlung wird deshalb mit Spannung entgegen gesehen und sogar eine Ministerkrise befürchtet.

London, 5. April. Reuters erfährt, daß die kleine Entente an Admiral Horth ein Ultimatum gesandt habe, wenn der frühere Kaiser Karl das ungarische Gebiet nicht verlasse, würden am Donnerstag militärische Maßnahmen begonnen werden.

Der tschechische Terror in Oberschlesien

Wien, 5. April. Wie der „Oberösterreichischer Anzeiger“ meldet, zieht die Zurückdrängung der Deutschen im Ostschlesien in Ländchen immer weitere Kreise. Die Bezirkskommandantur läßt alle Personen, die bei den letzten Wahlen sich als Deutsche bekannten, es sind das ca. 90 Prozent der Bewohner, wirtschaftsweise verladen und zwangsweise durch Gendarmerie vorführen. Auf die Vorgeladenen wird mit Drohungen eingewirkt, daß sie sich nachträglich als Tschechen ausgeben. Die Mehrzahl hält jedoch fest zu ihrem Bekenntnis zum Deutschen. Die Bezirkskommandantur verhängte gegen alle, die dabei bleiben, Deutsche zu sein, Geldstrafen von 200 bis 500 Kronen oder Haftstrafe bis zu 14 Tagen. Die tschechische Regierung bezweckt damit, aus innerpolitischen Gründen die Zahl der Deutschen künftig geringer erscheinen zu lassen, als sie tatsächlich ist, da sie ansehend befürchtet, daß nach dem für Deutschland günstigen Abstammungsergebnis in Oberschlesien seitens des Völkerverbundes nach nachträglich eine Abstimmung im Ostschlesien angedacht werden könnte.

30 Millionen Defizit im württembergischen Staatshaushalt

Stuttgart, 5. April. (Telunion.) Der Staatshaushaltsplan für das Jahr 1921 weist bei einem Staatsbedarf von 577 Millionen Mark und 547 Millionen Mark Zahlungsmitteln einen Fehlbetrag von 30 Millionen auf, der aus dem Vorratkapital der Staatshauptkasse vorgepfloffen wird.

Die Betriebsräte wahlen im Ruhrgebiet

Berlin, 5. April. Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeiger“ aus Bochum liegen von den Betriebsratswahlen im Ruhrgebiet die Ergebnisse von 66 Betrieben vor. Gewählt sind bisher 377 Betriebsratsmitglieder der freien Gewerkschaft, 108 der christlichen Gewerkschaften, 23 der politischen Berufsvereinigungen, 2 der kirchlichen Gewerkschaften, 136 der freien Arbeiterunion, 31 der Syndikalisten und 14 der Vereinigten kommunistischen Parteien.

Die Volksabstimmung in Oberschlesien

Berlin, 5. April. Wie ein Breslauer Herr dem „Berliner Tageblatt“ mitteilt, ist in Breslau etwa 5 v. H. der in Oberschlesien Abstimmungsberechtigten das Wahlrecht verweigert worden. An anderen Orten des Deutschen Reiches sollen bis zu 10 Prozent der rechtmäßig gemeldeten Oberschlesier mit ihrem Antrage, das Wahlrecht in ihrem Geburtsorte auszuüben, zurückgewiesen worden sein.

Das luxemburgische Kabinett zurückgetreten

Frankfurt a. M., 4. April. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Luxemburg: Das Ministerium Reuters ist zurückgetreten. Der Rücktritt ist auf den Wunsch zurückzuführen, die Regierung durch Heranziehung einer von den Liberalen und womöglich auch von den Sozialdemokraten genehmigten Vertretung dieser Partei zu erweitern. Möglicherweise wird Reuters mit der Neubildung der Regierung betraut werden.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Eheaufgebote. Ludwig Heinrich von Nürnberg, Woch in Ebnmetz, mit Frieda Hansbach von hier. Friedrich Woch von Bafersweiler, Widdauer hier, mit Katharina Reichmann von Freiburg. Josef Nepp von Seitzgen, Posthelfer hier, mit Anna Verberich von Hambrunn. Georg Bogel von Espingen, Landgerichtsrat hier, mit Elisabeth hier, mit Luise Walter von Marlung. Heinrich Meier von hier, Buchhalter hier, mit Anna Ray Witwe von Adelhofen. Harald Lindemann von Adolfszell, Kaufmann in Frankfurt, mit Emilie Schaub von hier. Franz Heid von Hölzingen, Viehtransporteur hier, mit Wilhelmine Pfeil von Freiburg. Franz Müller von Gerchhofsteden, Bürogehilfe hier, mit Luise Heiser von Reudorf. Ludwig Müller von Günterol, Schmied hier, mit Mina Gehrig von Reudorf. Karl Schrauder von Mannheim, Kaufmann hier, mit Karolina Keller von Altdarren. Ludwig Goldschmidt von hier, Fleischer und Inflationleur hier, mit Paula Maier von Rastatt. Emil Winter von Adin-Deub, Kaufmann hier, mit Katharina Haas von Dingen. Theodor Wilsner von hier, Kaufmann hier, mit Johanna Alber von Stuttgart. Josef Reilm von Weihen, Amtsgehilfe hier, mit Anna Dreiter von Neuenbürg. Eduard Münch von Reizenbach, Postbote hier, mit Albina Köpfer von Reizenbach.

Geburtsnachrichten. Karl Geangal von hier, Händler hier, mit Rosa Anselm von Heidelberg. August Boßert von Petersburg, Schneidermeister hier, mit Theresia Rimmig von Rastatt. Wilh. Frei von Anilingen, Dachdecker hier, mit Maria Zimmer von Rastatt. Emil Zahn von hier, Metzger, hier, mit Emilie Hauzer geb. Popper von Dülken. Karl Fischer von Dingen, Fab.-Direktor alda, mit Maria Piesch von hier. Ludwig Schmidt von Rappoldsdorfer, Zollassistent in Jenkoll, mit Hedwig Hoffmann von Schabach. Karl Schmeißer von Heßfeld, Postkassener hier, mit Rosa Walter von Gerchhofsteden.

Geburten. Martha Badonia Margarete, v. Wilh. Geibel, Privatlehrer. Otto Franz, v. Albert Konstantin, Etacher, An- schaffner. Helmut Adolf, v. Karl Sichel, Postbote. Annelise Theresia, v. Karl Wagner, Fab.-Arb. Irma Maria, v. Wilh. Grafer, Bürogehilfe. Elsa, v. Karl Jürgensen, Geiger. Albrecht, v. Philipp Seder, Mag.-Arb. Rudolf Karl, v. Friedrich Knob. Gendarm. Wilh. Heinrich, v. Ed. Bangert, Werkmeister. Günther, v. Albert Koch, Gewerbelehrer. Ludwig, v. Rud. Höpner, Glaser. Gertraud, v. Jakob Währ, Friseur. Stefanie, v. Albert Grotlich, Mechaniker. Gertrud, v. Ernst Schumann, Kaufm. Helmut Max Wilh., v. Wilh. Lichtenfels, Ver- Bes. amter. Walter Rudolf, v. Karl Wittmann, Oberrevisor. Bertha, v. Gustav Kuchel, Friseurmeister. Elfriede, v. Karl Fels, Buch- drucker. Walter Wilh. Joachim, v. Friedr. Meitel, Kunst- Geh. Bruno Friedrich, v. Dr. Bruno Warth, Jagarzt. Klara Beth, v. Herm. Kurze, Kaufm.

Todesfälle. Theresia Storf, alt 47 Jahre, Ehefrau von Anton Storf, Geiger. Egidius Rebs, Verwalter, Gemann, alt 75 Jahre. Karolina Ansmann, alt 76 Jahre, Witwe von Karl Ansmann, Magazinsmeister. Margarethe Schuster, alt 57 J., Witwe von Dr. Gust. Schuster, Ministerialrat. Hans, alt 2 J., Note, 27 Tage, v. Karl Sellmann, Friseur.

Die Regierungsbildung in Preußen

Berlin, 4. April. Den Vätern zufolge nahmen an der Besprechung von Vertretern der Regierungsparteien mit dem Reichspräsidenten Ebert gestern vormittag, in der es sich um die Regierungsbildung in Preußen handelte, vom Zentrum der Abg. Gerold, von den Demokraten Dominicus, von den Rechtssozialdemokraten Zwirg teil. Dieser Besprechung folgte gestern nachmittag eine mehrtägige Konferenz der Koalition...

Ein Kompromiß des Kaisers Karl mit der ungarischen Regierung

Wien, 5. April. Gestern abend wurde aus Budapest gemeldet, daß die Verhandlungen mit dem Kaiser Karl in Stein am Anger endlich in der Form eines Kompromisses einen Abschluß erhalten haben. Danach wird Karl das Land verlassen, aber vorher eine Proklamation veröffentlichen, in der er seine Ansprüche auf den ungarischen Thron aufrecht erhält und erklärt, er weiche nur der Gewalt der heute herrschenden Verhältnisse. Er setze jedoch alles Vertrauen in die politische Reife des ungarischen Volkes. Der Sel-

tionsschef des ungarischen Ministeriums des Äußern ist mit der Ausarbeitung dieser Erklärung beauftragt worden und befindet sich noch in Stein am Anger.

Ein Bruder des Königs von Griechenland gefallen

Paris, 5. April. Die „Daily News“ erzählt aus Konstantinopel, daß Prinz Andreas von Griechenland, der Bruder des Königs Konstantin, der kürzlich auf dem Schlachtfelde gegen die Türken verwundet wurde, seinen Verletzungen erlegen ist. Auch General Wabekulos ist getötet worden.

Großes Eisenbahnunglück in Amerika

Wichita, Kasle Pass in Texas, 4. April. Bei einem Zusammenstoß zwischen einem Personen- und einem Güterzug zwischen Monterey Maroon wurden 33 Personen getötet.

Die zu 4 Seiten Nr. 1.20 die Seite (Veranstaltungsbillets haben unter dieser Rubrik keine Aufnahme) Karlsruhe. (Arbeiter-Sportartikel.) Mittwoch, den 6. April, abends 7 Uhr, findet in der „Gambrius-Salle“ eine Kartellversammlung statt. Die Wichtigkeit der Tagesordnung verlangt das unbedingte Erscheinen sämtlicher Delegierten. 3518 Karlsruhe. (Sozialdem. Verein, Bezirk Rindheim.) Heute Dienstag abend 7/8 Uhr im „Schwanen“ Parteiverammlung.

Schrittsetzung: Georg Schoplin. Verantwortlich: für Artikel: Politische Uebersicht und Legie Nachrichten Hermann Kadel; für Lokale Politik aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Provinz, Gerichtszeitung und Gesellschaften Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Verkefassen Josef Wite; für den Anzeigenenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Briefkasten der Redaktion

H. Durlach. Der Vorwurf ist unerschützt. Wir erhielten den Bericht am Sonntag (3. April) früh! Wenn konnte er wegen sonstigen wichtigen Nachrichten nicht gebracht werden, heute erscheint er. Durlach kann sich doch waschhaftig nicht beklagen! W. Baden-Baden. Von „Gründen oder Motiven“ kann nicht geredet werden; die Maßnahmen der Reichsregierung verhindern eben einfach die Beförderung der Beamten der genannten Klassen. Die nächste Nummer des „Gemeindebeamten“ wird übrigens über die Frage näheres enthalten. E. G. 1. Alimente müssen bezahlt werden ohne Rücksicht darauf, daß eine Verbetragung zukunfts kommt oder nicht. 2. Eine strafbare Handlung erbilden wir in den von Ihnen geschilderten Verhältnissen nicht. Die Hauptsache wird ja sein, daß die Kosten bezahlt werden. W. B. A. Der Bericht vom Kreisturntag in Rastatt wird veröffentlicht, sobald er in unserem Besitz ist. Wir haben aber noch keinen erhalten.

Emser Wasser gegen Katarrhe u. s. w. Gänse-Häuten. Die regelmäßige Nachschau an der Alb betreffend. Von der Kulturinspektion ist Termin zur Vornahme der regelmäßigen Nachschau an der Alb auf Freitag, 8. April, vormittags 8 Uhr, von der Luisenbrücke bis zum Stefaniensbad in Weierheim. Fortsetzung am Montag, den 11. April, vormittags 8 Uhr, vom Stefaniensbad bis Marau festgesetzt worden. Die Teilnahme an der Nachschau und die Geltendmachung von Anträgen, Wünschen und Bedenken ist jedem Interessenten freigestellt. Karlsruhe, den 1. April 1921. 821 Bezirksamt III. O. 3. 52

Vereinsbank Karlsruhe eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpf. Hierdurch laden wir die verehrlichen Mitglieder zu der Montag, den 18. April 1921, abends 6 Uhr im grossen Saale der „Eintracht“, Karl-Friedrichstraße 30, stattfindenden ordentlichen General-Versammlung ergebenst ein.

Tagesordnung: 1. Vorlage des Geschäftsberichts für 1920 durch den Vorstand und Prüfungsbericht des Aufsichtsrates. 2. Genehmigung der Bilanz und Erteilung der Entlastung an den Vorstand. 3. Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinns. 4. Antrag auf Änderung der Vergütungen an den Aufsichtsrat. 5. Beschlussfassung über satzungsgemäß gestellte Anträge. 6. Wahl in den Aufsichtsrat und zwar für die nach der statutenmäßigen Bestimmung ausscheidenden Herren: Ferdinand Doldt, Otto Fischer, und Dr. Ernst Salzer, welche wieder wählbar sind. Anträge, über welche in der Generalversammlung Beschluss gefasst werden soll, wollen man bis spätestens den 11. April 1921 bei dem unterzeichneten Aufsichtsrat einreichen. Die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung und der Geschäftsbericht liegen vom 11. April d. Js. ab im Geschäftsraum der Genossenschaft zur Einsicht der Genossen auf und können im Abdruck in Empfang genommen werden. Karlsruhe, den 31. März 1921. Der Aufsichtsrat der Vereinsbank Karlsruhe eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpf. Adolf Wilser, Vorsitzender.

Städt. Fischhalle hinter dem Bierordibad Ein Waggon lebendfrische Seefische eingetroffen und verlaufe diese zu den billigsten Preisen. 2507 Stockfisch Pfd. 1.50 Mag Schäfer, Tel. 4680.

Kleider-Stoffe Deutsche Qualitäts-Ware zu sehr billigen Preisen. Blusenstoffe Halbwolle, schöne helle und dunkle St. Meter 16.75 Blusencrêpe reine Wolle, mit sehr schönen Nadelstreifen Meter 39.50 Kleiderstoffe kariert, Cheviot-Bindung, schöne Muster Meter 19.75 Kleiderstoffe kariert, ca. 105 cm breit, Halbwolle, Cheviot-Bindung Meter 39.50 Kleiderstoffe reine Kammerawolle, ca. 105 cm breit, Schotten und Streifen Meter 65.00 Kleiderkrepp Halbwole, doppeltbreit, dunkle Farben Meter 19.75 Kleiderkrepp reine Edelwole, in vielen Farben, aparte Neuheit Meter 39.50 Kammgarn-Cheviot ca. 180 cm breit, reine Wolle Meter 78.50 42.50 Gabardine und Serge ca. 180 cm, reine Wolle Meter 98.50 135.00 Frotte ca. 120 cm, in vielen Farben, für Kostüme und Röcke Meter 38.50 Regenmantelstoff ca. 120 cm breit, imprägniert in vielen Farben Meter 48.50 Tietz 3550

Gemeinnützige Bau-Genossenschaft e. G. m. b. H. Hagsfeld. Einladung. Hiermit werden die Mitglieder zu der am Sonntag, den 10. April, nachmittags 2 Uhr, im Saale der Wirtschaft „zum Wahnhof“ stattfindenden ordentlichen General-Versammlung freundlichst eingeladen. Tagesordnung: 1. Tätigkeitsbericht des Vorstandes. 2. Geschäftsbericht. 3. Revisionsbericht. 4. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates. 5. Renzual des Vorstandes und Wahl der durch § 22 des Statuts auszuwählenden Aufsichtsratsmitglieder. 6. Verschiedenes. Einmalige Anträge zur General-Versammlung müssen längstens bis zum 7. April eingereicht sein. Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigen der Mitgliedskarte gestattet. 3560 Der Aufsichtsrat.

Gasthaus zu den 3 Kronen Ecke Kronen- und Jähringerstraße Mittwoch und Donnerstag Schlachttag. 3562 Ferd. Weber.

„Domingo Extra“ (Mausstalt, Kräftigung, für Kurz- und Langhals) Hervorragende Qualität! Zigarrenhaus Gustav Störzinger, Karlstraße 49 (am Karlsruher) Gaststätte der Straßenbahn. Tatsache ist es, dass alle zerrissenen Strümpfe tadellos erneuert werden in der Strümpferneuerung-Anstalt L. Engelhard, Gartenstr. 11, Rth. III.

Schwarzbrünnlichkeit! Ohrenauswaschen, nervöse, Gedächtnisstörungen, Ausfallt ungesund, Zahlreiche Hauterkrankungen. Dr. med. Eisenbach München K 47 Postfach München 18. Höchste Preise für Kleider, Uniformen, Mäntel, Schuhe, Teppiche, Gardinen etc. S. Axelrad Telefon 10800 2. Et. S. Nischmann An- und Verkaufsgeschäft, Jähringerstr. 29. Zu verkaufen: Kompl. gut. Bett 400 A, Vertiko 400 A, Badstube mit 120 A, Kommode mit 4 Schubladen 150 A, Tische, Stühle, Kinderbett, Sopha, Schränke billig. Fröhlich, Umlandstr. 12. Chateaugones neu, von 280 A an. 2518 H. Schöber, Schöberstr. 25. „Nissin“ gegen Kopfläuse Nihts anderes nehmen! Zu haben in allen Apotheken und Drogerien.

Wir suchen für unsere Buch- und Zeitungs-Druckerei einen fachmännischen Geschäftsleiter. Geß. Offerten wolle man mit Angabe der beruflichen Ausbildung unter A. B. 30 an den Verlag der Volkstimme in Mannheim senden. Unterbadische Verlagsanstalt G. m. b. H. Heidelberg.

ganz oben auf der Stufenleiter der Qualität steht der allbewährte Schuhputz Pilo Hersteller: Adolf Krebs Mannheim.

Verlangen Sie überall Pilo-Extra (friedensmässig hergestellt.)

Vielleicht Braut-Kränze W. Eims N. ohf., Kreuzstr. 4. Mastatter Anzeigen. Einladung. Die Mitglieder des Bürgerausschusses werden zu einer Sitzung auf Mittwoch, den 6. April 1921, nachm. 6 Uhr, in den Rathhousaal eingeladen. Tagesordnung: 1. Deckung der Kalufschulden an schweizerische Gläubiger. 2. Den Vollzug des § 59 des Landessteuergesetzes, hier die Aufnahme einer Anleihe für Rechnung des Reiches betreffend. 829 3. Vermietung der Wirtschaftsgebäude II und III der ehemaligen Kartgraf Ludwig Wilhelm-Kaserne. 4. Zeichnung von 8000 A Anteilsscheine für das Erholungsheim „Waldhaus Jakob“ bei Karlsruh. Rastatt, den 4. April 1921. Das Bürgermeisteramt. Kerner. Joller. Butter-Verkauf. Wir bringen von heute mittag ab bei Fraulein Walter eine Sendung frische Butter zum Verkauf. Kopffell 50 Gr. zu 1.50 A, Pfund 18.- A. Bezugsberechtigt sind die Nr. 1051-1050. Kommunal-Verband Rastatt-Stadt. Baden-Baden. Am Mittwoch, den 6. ds. Mts. von 7 bis 12 und von 1 bis 4 Uhr Kartoffelabgabe. Unser Lager in der Eberischen Halle (Ebergartenstraße 4) wird geräumt und werden deshalb die Kartoffeln zum Preise von 40 A pro Zentner abgegeben. Lebensmittelamt. Die Rechtsabfuhr aus den Häusern der Altstadt beginnt in den Monaten April bis September morgens 6 Uhr, in den übrigen Monaten um 7 Uhr. Die Einwohnerschaft wird ersucht, die Rechtsabfuhr zur Abholung dementsprechend rechtzeitig an den dafür bestimmten Plätzen bereitzustellen. 826 Städt. Hochbauamt. Straßen- und Bergbahn. Gefunden wurden im März: 4 Schirme, 2 Stöcke, 7 Paar Handschuhe, 8 einzelne Handschuhe, 1 Plüschhut, 1 Geldbeutel, 1 Geldmappchen, 1 Taschenuhr, 1 Zylinder, 1 Zylinderhut, 1 Halskette, 1 Haarpange, 1 Geldschein, 1 Sächchen Spielzeugeln. 827 Betriebsamt. Bruchsaler Anzeigen. Kartenausgabe am Mittwoch, den 6. April 1921, von 8-12 Uhr vormittags und von 2-6 Uhr nachmittags an die Buchhändler bis einschließlich K. Bruchsal, den 5. April 1921. 829 Kommunalverband Bruchsal-Stadt. Kartenausgabestelle.

mel- gere, ichten gen- ine andi nicht be- iger- di- aupt- sich Be- Gen- schun- eben. ufsh. die 300 Rev- Zahl e tats- für leiten g im- eplan Mi- einen apital- blet rliner a s. Ge- wer- a Be- 136 Bet- nten Ber- der in erwei- sollen r mit uszu- r- eng- rüdge- n, die n und Ber- Neu- e. in sch. von zu von ngen, mit pingen, r. Ger- er von Anna Adolfs- a hier. t Wils- stetten, a Mil- leuter- d, mit er, mit hier, n Rastatt. tharina in hier, n Welter, ebu- Adhler- tier, mit eraburg. Wils- mer von Emille Eingen, Ludwig Hedwig d, Post-

tionsschef des ungarischen Ministeriums des Äußern ist mit der Ausarbeitung dieser Erklärung beauftragt worden und befindet sich noch in Stein am Anger.

Die zu 4 Seiten Nr. 1.20 die Seite (Veranstaltungsbillets haben unter dieser Rubrik keine Aufnahme) Karlsruhe. (Arbeiter-Sportartikel.) Mittwoch, den 6. April, abends 7 Uhr, findet in der „Gambrius-Salle“ eine Kartellversammlung statt. Die Wichtigkeit der Tagesordnung verlangt das unbedingte Erscheinen sämtlicher Delegierten. 3518 Karlsruhe. (Sozialdem. Verein, Bezirk Rindheim.) Heute Dienstag abend 7/8 Uhr im „Schwanen“ Parteiverammlung.

Schrittsetzung: Georg Schoplin. Verantwortlich: für Artikel: Politische Uebersicht und Legie Nachrichten Hermann Kadel; für Lokale Politik aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Provinz, Gerichtszeitung und Gesellschaften Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Verkefassen Josef Wite; für den Anzeigenenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Zentralverband der Angestellten
Ortsgruppe Karlsruhe.

Am vergangenen Freitag ist als unerschuldeter Opfer der politischen Unruhen unser lieber Mitglied **Franz Buhlinger** im blühenden Alter von 22 Jahren seinen Verletzungen erlegen.

Wir verlieren in dem Verstorbenen einen treuen Kämpfer der freigeistlichen Angelegenheiten und werden demselben stets ein gutes Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet Dienstag nachmittags 2 Uhr statt, und bitten wir unsere Mitglieder um zahlreiche Beteiligung.

Zentral-Verband der Angestellten
Ortsgruppe Karlsruhe.

Geschäftsstelle: Karl-Friedrichstr. 18, Tel. 5068
Sprechstunden: Ausser Montags täglich von 1-5 Uhr nachmittags

Morgen Mittwoch, den 6. April, abends 7 1/2 Uhr, im „Elefanten“, Kaiserstrasse

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

- Vortrag des Beiratsmitgliedes Kollegen Kraiker, Mannheim, Thema: „Die Bedeutung des bevorstehenden Verbandstages“.
- Bericht über die Gaugangung vom 2. und 3. April in Heidelberg.
- Geschäftliche Mitteilungen.
- Verschiedenes.

Wir bitten unsere Mitglieder um zahlreichen Besuch der Versammlung. Mitgliedsbücher sind am Saaleingang vorzulegen.

Preis-Abschlag!
Schuhbesohl-Anstalt
Leisingstr. Nr. 31

Bereitete Sohlen und Abzüge 45.- RT.
Damen „ „ „ 35.- RT.
Kinder „ „ „ 25.- RT.

Jedes 12. Paar gratis!

Gummi-Sohlen und Abzüge, Pfattengummi, Sohlen-Sohlen und Abzüge 21.- RT.
Damen „ „ „ 18.- RT.
Kinder „ „ „ 15.- RT.

Oben genannte Preise verstehen sich nur unter Verwendung besten Materials, laudare Ausführung und schnellster Lieferung.

Erst versuchen, dann urteilen!
Ausgeschnitten!
Für ausgegebene Reparatur „Schuhbesohl-Anstalt“ gewähre 1 mal 10% unter Vorzeigung dieser Bekanntschafts-Karte.

Wilhelm Bursy, Leisingstr. 31
Büro: Postfach 104, 3552

1 Wagon Seefische
eingetroffen
Cablian ohne Kopf bei ganzem Fisch
im Aufschnitt bra. 50 Pfg. teurer.
Bitte Packmaterial mitbringen!
Erbringstr. 23 Carl Pfefferle Telefon 1415

Einkaufsgenossenschaft d. Beamten u. Staatsarbeiter
in Baden n. d. S., Sitz Karlsruhe.

Großer Räumungs-Verkauf
in Herrenanzügen u. Schuhwaren!

Um der gesteigerten Nachfrage zu genügen, verlängern wir den Verkauf bis auf weiteres.

Geöffnet von 8-12 und von 2-6 Uhr.
Verkaufslokal: Karlsruhe, Alter Bahnhof, Kriegstr. 7, Eingang von der Bahnsteigseite.

Zum Schulbeginn

- 1 Posten Knabenranzen Stück 3⁵⁰
 - Knaben- und Mädchenranzen mit Leder- 32⁵⁰ 27⁵⁰
elmen
 - Knaben- und Mädchenranzen prima Segeltuch 45-
und Filz, mit Lederriemen und Einsatz. Stück 47⁵⁰
 - Knaben-Fellranzen mit Lederriemen und Einsatz 62⁵⁰ 47⁵⁰
 - Schüler-Etui gefüllt Stück 2⁷⁵
 - Schüler-Etui Rindleder Stück 12⁵⁰
 - Schüler-Etui Rindleder, gefüllt Stück 18⁵⁰
 - Schul- und Musikmappen Leder, mit Griff 78-
 - Schul- und Musikmappen Leder, ohne Griff 55-
- Schul-Hefte, Tafeln, Griffel, Feder-Kästen
Federn, Bleistifte, Radiergummi
Federhalter, Tinten, Butterbrot-Papier
in guten Qualitäten zu billigen Preisen.
- Kinder-Schürzen Schlupf- u. Trägerform, aus guten waschbaren Stoffen, sauber verarbeitet v. 23⁵⁰ an
Kinder-Strümpfe in guten Qualitäten :-
Dirndl-Kleidchen in schönen Farben :-
Knaben- u. Mädchen-Schulanzüge in reicher Auswahl

KNOPF

Städtische Festhalle.
Mittwoch, 6. April 1921, abends 7 1/2 Uhr

Wohltätigkeits-Vorführung

aus Anlass des Vereins „Jugendhilfe Karlsruhe“, e. V. - Ferienkolonien armer kränklicher Schulkinder. - Wiederholung des Ballon-Konzerts der „Festhalle“.

1. 2. van Beethoven . . . Adagio aus der 4. Symphonie
3. Fr. Liszt Reife in C-Dur
Der 13. Psalm.
- 400 Mitwirkende.

Solisten: Lotte Lange-Safe (Sopran), Kathinka Reugebauer-Petz (Alt), Selma Reugebauer (Tenor), Elio Decker (Bass), das Orchester des Bad. Landestheaters, der Festhalle-Männer- u. Frauenchor.

Eintrittskarten: Saal und obere Galerie (Gallion) nummeriert zu 3, 4 u. 5 Mk. nicht-nummeriert (obere Galerie) zu 2 Mk. (einschl. Zubehörssteuer und Einlassgeld) ab 1. April bei den Musikalienhandlungen Fr. Doert, Kaiserstr., Einquartierstr., Telefon 638 und Fr. H. H. H. H., Kaiserstr., Tel. Badstr. 388. - Samstags 9 1/2 Uhr. Ende 9 1/2 Uhr. (Straßenbahnverbindungen nach allen Richtungen).

Wir bitten die Bevölkerung unserer Stadt unter Hinweisung auf den Wohlstand der Stadt unterernährten Schulkinder unserer Stadt zugute kommen - um zahlreichen Besuch. Verein „Jugendhilfe Karlsruhe“, e. V.

Dienstag, den 5. April 1921

Landestheater **Konzerthaus**
Die Entführung **Volksbühne Nr. 1.**
aus dem Sertal **Die Journalisten.**
7-10 Uhr. Mk. 12.- 7-10 Uhr.

Donnerstag
7. April, 7 1/2 Uhr, Eintritt
Tanz-Gespiel
Paula Lynn - Wilhelm Raetz

Karten zu 10.-, 8.-, 6.- u. 4.-
(ausschließlich Steuer) von 9-1 u.
8-6 Uhr bei
Kurt Neufeldt, Waldstr. 30.

STADTGARTEN.
Sonntag, den 10. April, nachmittags 3 bis 6 Uhr
Volksfürliches Wettrudern auf dem See
(4 Rennen, 400 Mk. Rennpreise)

Doppelkonzert
des Musikvereins Karlsruhe u. der Mandolinen-Gesellschaft Karlsruhe.
Die Rennen sind frei für jedermann. Meldungen mit Renngeld (6 Mk.) bis Freitag Mittag 12 Uhr an der Schalterkasse des Stadgartens (westlich der Festhalle), woselbst Rennbedingungen erhältlich (50 Pfg.). - Eintritt: 1.15 Mk. (Jahreskarten), 2.15 Mk. (Sonstige). - Bei ungünstiger Witterung Doppelkonzert in der Festhalle. Wettrudern am 17. April.

Bekanntmachung.
Beim hiesigen Waisenmeister, Schlachthausstr. 17, befinden sich herrenlos:
eine Hundehündin
ein Spitzhündchen, wohl ein Binscherweibe, mit einem Binscher, männlich.
Nicht innerhalb 3 Tagen abgeholt, werden getötet bezw. herbeigeht.
Karlsruhe, den 4. April 1921.
Stadt-Schlacht- und Viehhofamt.

Gerodt-Anzug,
Fremdanzug, Entsch. mit gelb. Hosen, einige auterale, Saccosanzüge, auch sehr hellbraun und dunkelbl. Jacketts, berich. konf. Well-Stände billig abzugeben
Essenweinstr. 32 II., bei Krelab.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Karlsruhe

Lichtbilder-Vorträge

Redner: Herr B. Gottschalk, Leipzig.

Ettlingen, Samstag, 9. April, abends 7 1/2 Uhr, Gasthaus zur „Sonne“.
Waggenau, Sonntag, 10. April, abends 8 Uhr, Gasthaus „Grüner Hof“.
Karlsruhe, Montag, 11. April, abends 8 Uhr, Meiner Festhalleaal.
Rastatt, Dienstag, 12. April, abends 7 1/2 Uhr, Fruchtallensaal.
B. Baden, Mittwoch, 13. April, abends 7 1/2 Uhr, im „Volldreit“.
Bruchsal, Donnerstag, 14. April, abends 8 Uhr, im „Bürger-Hof“.
Durlach, Freitag, 15. April, abends 8 Uhr, im „Grünen Hof“.

„Schuf Gott die Erde und den Menschen oder war es ein natürlicher Vorgang?“
Erläutert durch 100 Lichtbilder, die Bewegung der Erde und Planeten um die Sonne in mechanischer Bewegung darstellen.

Einleitung:
Wie sich die alten Kulturvölker die Erde dachten. Die Kämpfe der Wissenschaft mit der Geißlichkeit zu Platos, Aristoteles, Kopernikus und Keplers Zeiten.

1. Abteilung.
Vom Nebelstern zum Menschen.
Auf einer Sternkarte. Milchstraße, Spiralnebel, Planetarischer Nebel. Der Mond und seine Krater, Saturn, Mars und seine Kanäle. Die Rotation der Erde und der Planeten. Der Werdegang der Erde. Geologische und ideale Erdgeschichte. Zentralfeuer, Urstiefer, Kriolen und Formationen. Entwicklung des Pflanzen- und Tierlebens. Das Tierreich der Erde. Wirbeltiere, Fische, Kollusen, Stachelhäuter, Krustler, Saurier, Vierfüßler, Vögel, Insekten, Säugetiere und Menschenaffen. Eiszeitperiode.

2. Abteilung.
Das Werden des Menschen und die kulturelle Entwicklung der Menschheit.
Steinzeit, Schödel- und Höhlenfunde. Der Eiszeitmensch im Kampf mit Höhlenbär u. Mammut. Rithenanthropusfamilie. Die Erfindung des Feuers. Erste Schiffbauern und Fischer. Der Mensch in der Renntierperiode. Bronze- und Eisenzeit. Das Clanleben unserer Vorfahren. Dolmen und Gangräber. Der Mensch als Ackerbauer, Erster Weber. Gründung der Familie. Ein Pfahlbauort. Der Mensch vor heute im Kampf um seine Existenz. Eintritt für Mitglieder 1.50 Mk. Eintritt für Nichtmitglieder 2.- Mk. Programme, die zum Eintritt berechtigen, sind bei unsern Einlieferern und Vertrauensleuten im Vorverkauf zu haben. 3558 Die Dreiverwaltung.

Gummisohlen
aufgefüttert ohne Nagel, Sohlen und Abzüge 21 Mark.
Schuhreparatur mit elektrischem Betrieb.
Walhornstr. 36
Edel Markgrafen- u. Jählingerstraße.

in 1 Std. u. Garantie
verleiht. Sie Fische, Kopf-, Kleider-, Filz-

Käufe
i. Brot (Riffen) d. Mensch u. Tier mit „Kampolden“ gel. gef. Wunden unschädlich. Bert. Friseur G. Hofflein Herreustr. 6.

Total-Ausverkauf.

Wegen beschleunigter Auflösung der Bekleidungsstelle bringen wir **weit unter Preis** zum Verkauf:

Ein Posten
Männer-Hemden
vollgemischt, Trikot und Macra, mit und ohne Einsatz
zu Mk. 32.- das Stück

Ein Posten
Frauen-Mäntel
halb- und dreiviertellang, mittlere und dunkle Farben
zu Mk. 78.- das Stück

Ein Posten dreiteiliger
Männer-Anzüge
Gute Stoffe u. Futterfaschen, guter Schnitt und Verarbeitung
zu Mk. 195.- das Stück

Der Verkauf der
Reichsanzüge (Anzüge der Reichsbekleidungsstelle) zu 110.- u. 150.- wird noch soweit Vorrat fortgesetzt.

Ausstellungshalle Eingang Gartentr. 7.
Täglich von 8 Uhr vormittags bis 1/2 Uhr nachmitt. geöffnet.